

Chruschtschows Westpolitik 1955 bis 1964
Band 4: Außenpolitik nach der Kuba-Krise

Quellen und Darstellungen zur
Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für
Zeitgeschichte

Band 88/4

Chruschtschows Westpolitik 1955 bis 1964

Gespräche, Aufzeichnungen und
Stellungnahmen

Band 4: Außenpolitik nach der
Kuba-Krise

(Dezember 1962 bis Oktober 1964)

Herausgegeben von

Gerhard Wettig

in Zusammenarbeit mit Horst Möller,

Michail Prosumenschtschikow, Peter Ruggenthaler,

Natalja Tomilina, Aleksandr Tschubarjan, Matthias Uhl

und Hermann Wentker

im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin
und aufgrund einer Empfehlung der Gemeinsamen
Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte
der deutsch-russischen Beziehungen

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Gefördert aus den Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien für die Gemeinsame Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen.

ISBN 978-3-11-046211-1
e-ISBN (PDF) 978-3-11-046464-1
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-046243-2
ISSN 0481-3545

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2016 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Titelbild: Chruschtschow an Grenzübergangsstelle Friedrichstraße vor Schlagbaum winkend, 17. 1. 1963; Ausschnitt aus Bundesarchiv, Bild 183-B0120-0010-055 / Fotograf: o. Ang.

Einbandgestaltung: hauser lacour

Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

© Gedruckt auf säurefreiem Papier

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort	IX
Einleitung	1
Chronologie	9
Dokumente	17
1. Gespräch Chruschtschows mit dem kanadischen Botschafter Arnold Smith am 28. November 1962	17
2. Gespräch Chruschtschows mit dem finnischen Ministerpräsidenten, Ahti Karjalainen, am 22. Februar 1963	36
3. Gespräch Chruschtschows mit dem britischen Botschafter, Humphrey Trevelyan, am 4. März 1963	42
4. Gespräch Chruschtschows mit dem kubanischen Führer, Fidel Castro, am 3. Mai 1963 in Sawidowo	47
5. Gespräch Chruschtschows mit dem Generalbevollmächtigten der Firma Krupp, Berthold Beitz, am 14. Mai 1963	54
6. Gespräch Chruschtschows mit dem schwedischen Außenminister, Torsten Nilsson, am 17. Mai 1963	69
7. Gespräch Chruschtschows mit dem kubanischen Führer, Fidel Castro, am 24. Mai 1963	83
8. Gespräch Chruschtschows mit dem Vorsitzenden der britischen Labour Party, Harold Wilson, am 10. Juni 1963	84
9. Gespräch Chruschtschows mit der Delegation der Großen National- versammlung der Türkei am 12. Juni 1963	109
10. Gespräch Chruschtschows mit dem Vorsitzenden der britischen Labour Party, Harold Wilson, am 14. Juni 1963	116
11. Chruschtschows Rede auf dem Empfang zu Ehren des Ersten Sekretärs der SED, Walter Ulbricht, zu dessen 70. Geburtstag am 30. Juni 1963	126
12. Ansprache Chruschtschows beim Besuch der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland am 1. Juli 1963	135

13. Gespräch Chruschtschows mit dem westdeutschen Geistlichen Hans-Martin Helbich am 4. Juli 1963	144
14. Gespräch Chruschtschows mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenminister Belgiens, Paul Henri Spaak, am 8. Juli 1963	147
15. Gespräch Chruschtschows mit dem französischen Botschafter in der UdSSR, Maurice Dejean, am 16. Juli 1963	169
16. Gespräch Chruschtschows mit dem Ersten Sekretär der SED, Walter Ulbricht, am 23. Juli 1963	184
17. Gespräch Chruschtschows mit dem britischen Außenminister, Lord Home, am 5. August 1963	192
18. Gespräch Chruschtschows mit dem Vizepräsidenten des Bundestages der BRD, Thomas Dehler, am 4. September 1963	196
19. Gespräch Chruschtschows mit dem dänischen Außenminister, Per Haekkerup, am 20. November 1963 in Kiew	203
20. Gespräche Chruschtschows mit dem finnischen Präsidenten, Urho Kekkonen, am 2. und 3. Dezember 1963	209
21. Gespräch Chruschtschows mit dem französischen Wirtschafts- und Finanzminister, Valéry Giscard d'Estaing, auf dessen Bitte am 27. Januar 1964 in Kiew	216
22. Gespräch Chruschtschows mit dem Botschafter Frankreichs in der UdSSR, Maurice Dejean, am 7. Februar 1964	226
23. Gespräche Chruschtschows mit dem dänischen Ministerpräsidenten, Jens Otto Krag, während seines Aufenthalts in der UdSSR vom 19. bis 28. Februar 1964	232
24. Bemerkungen Chruschtschows zum Instruktionsskizzenentwurf für das Gespräch mit der Delegation der Kommunistischen Partei Italiens, notiert am 2. Mai 1964	264
25. Gespräch Chruschtschows mit dem Ersten Sekretär der SED, Walter Ulbricht, am 30. Mai 1964	268
26. Gespräch Chruschtschows mit dem Vorsitzenden der britischen Labour Party, Harold Wilson, am 2. Juni 1964	292
27. Bemerkungen Chruschtschows zum Entwurf einer vertraulichen Botschaft an den Präsidenten der USA, Lyndon B. Johnson, diktiert am 3. Juni 1964	307
28. Gespräch Chruschtschows mit dem Ersten Sekretär der SED, Walter Ulbricht, am 11. Juni 1964	313

29. Stellungnahmen Chruschtschows während des Besuchs in Dänemark vom 16. bis 21. Juni 1964	335
30. Chruschtschows Rede auf der Versammlung des Außenpolitischen Instituts im Volkshaus in Oslo am 30. Juni 1964	352
31. Gespräch Chruschtschows mit dem niederländischen Außenminister, Joseph Luns, am 8. Juli 1964	359
32. Gespräch Chruschtschows mit dem Außenminister von Großbritannien, Richard Austen Butler, am 28. Juli 1964	368
Abkürzungsverzeichnis	381
Dokumenten- und Literaturverzeichnis	383
Personenregister	395

Vorwort

Die Dokumentation „Chruschtschows Westpolitik 1955 bis 1964“, deren letzter Band hiermit vorgelegt wird, geht auf eine Anregung aus dem Russischen Staatsarchiv für Zeitgeschichte (Rossijskij gosudarstvennyj archiv novejšej istorii, RGANI) zurück. Natalja Tomilina und ihr Stellvertreter, Michail Prosumenschtschikow, haben sich nach der Deklassifizierung wichtiger Unterlagen zur auswärtigen Politik der UdSSR in der Chruschtschow-Zeit an die Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen mit der Überlegung gewandt, dass die Publikation einschlägiger Dokumente geeignet wäre, die internationale Forschung über diesen wichtigen Zeitabschnitt des kalten Krieges zu stimulieren. Die Anregung wurde von den Ko-Vorsitzenden der Kommission, Horst Möller und Aleksandr Tschubarjan, aufgegriffen und fand die Unterstützung auch der anderen Mitglieder. Das Projekt wurde sofort in die Planung aufgenommen, zu deren Durchführung ich den Auftrag erhielt. Das Deutsche Sekretariat der Kommission, das bis Januar 2014 beim Bundesministerium des Innern ressortierte und danach an die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien übergegangen ist, hat aus dem für die Kommission bestimmten Etat die notwendigen Sachmittel zur Verfügung gestellt.

Die Dokumentation wurde unter der Ägide des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ) erstellt, dessen Direktor – zunächst Horst Möller und später Andreas Wirsching – die Veröffentlichung in das Institutsprogramm aufnahm sowie die Beantragung und Verwaltung der erforderlichen Mittel durch das IfZ veranlasste. Die finanzielle Betreuung des Projekts lag in den Händen von Ingrid Morgen bzw. ihrer Nachfolgerin Christine Ginzkey und hinsichtlich der jeweils sich ergebenden praktischen Fragen vor allem von Hildegard Maisinger, die jedes Mal zu rascher Hilfe bereit war, wenn Unklarheiten und Schwierigkeiten entstanden. Der Leiter der Berliner Abteilung des IfZ, Hermann Wentker, und seine Mitarbeiterinnen Hannelore Georgi (bis Mitte 2013), ihre Nachfolgerin Ute Eichhorn sowie Manuela Starosta und Gabriele Tschacher haben mich bei vielen Gastaufenthalten stets bereitwillig unterstützt. Die Übersetzungen der russischen Dokumente im vorliegenden Band wurden von Lothar Kölm angefertigt. Margrit Breuer hat den gesamten Text abschließend durchgesehen und verschiedene Hinweise dazu gegeben. Vor allem aber beruht der Band auf der unermüdlichen, zuverlässigen und fachkundigen Mitwirkung von Anna Kim und zwischendurch kurzzeitig von Larisa Strese-Gassiev, die mir im Hunsrück aus Berlin Unterlagen und Informationen übermittelt und sich tatkräftig an den editorischen Arbeiten beteiligt haben. Im IfZ wurde die Publikation von Magnus Brechtken und seiner Sekretärin Petra Bamberg vorbereitet. Aufseiten des Oldenbourg Verlags, der seit Anfang 2013 mit De Gruyter verbunden ist, hat

Gabriele Jaroschka die Drucklegung übernommen. Allen Genannten sei an dieser Stelle herzlich für ihren Beitrag zum Erscheinen des Bandes gedankt.

Kommen, im Mai 2016

Gerhard Wettig

Einleitung

Anders als vielfach vermutet worden ist,¹ hatte Chruschtschow, als er sich in der zweiten Julihälfte 1961 zum Bau der Mauer in Berlin entschloss, noch nicht den Plan fallen lassen, am Ende des Jahres den Rückzug der Westmächte aus der Stadt zu erzwingen. Nach wie vor wollte er mit dem – notfalls einseitig nur mit der DDR abzuschließenden – Friedensvertrag die rechtliche Grundlage dafür schaffen und danach die erforderlichen Aktionen einleiten. Erst im Oktober gab er diese Absicht auf, nachdem die amerikanische Seite zu erkennen gegeben hatte, dass sie sich durch seine Drohungen nicht mehr beeindrucken ließ. Aufgrund ihrer neuen Satellitenaufklärung wusste sie, dass er bluffte. Sie hatte eine haushohe global-strategische Überlegenheit und musste daher einen nuklearen Konflikt weit weniger fürchten als die UdSSR, der dann eine totale Zerstörung bevorstehen würde.² Dabei zeigte sich, dass sie Chruschtschows ständig wiederholte Äußerungen gegenüber westlichen Gesprächspartnern ignorierte, die Westeuropäer wären im Kriegsfall der Vernichtung durch die sowjetischen Mittelstreckenraketen ausgesetzt und seien daher „Geiseln“ in seiner Hand, um derentwillen es die USA nicht auf eine Konfrontation ankommen lassen könnten.³ Seine bisherige Einschüchterungspolitik wirkte nicht mehr. Ihre Fortsetzung war zum unannehmbaren Risiko geworden. Chruschtschow sah sich zu der Erklärung vom 17. Oktober veranlasst, er bestehe nicht auf dem Termin für den Abschluss des Friedensvertrages.⁴

Trotzdem hielt er weiter an seinem Ziel fest. Deswegen griff er zu, als ihm Fidel Castro im ausgehenden Frühjahr 1962 zugestand, einen Teil seiner – in sehr großer Zahl verfügbaren – Mittelstreckenraketen auf Kuba zu stationieren und so das globale Kräfteverhältnis gegenüber der westlichen Führungsmacht grundlegend zu verändern. Da diese nuklearen Flugkörper der UdSSR von dort aus entscheidende politische, wirtschaftliche und militärische Zentren der USA erreichen konnten, sollten dadurch die fehlenden interkontinentalen Kapazitäten wettgemacht und die Amerikaner einer Bedrohung ausgesetzt werden, die sie zum Rückzug aus Berlin nötigen würden. Chruschtschow war sich des Ge-

¹ Siehe etwa Gottfried Niedhart, Ost-West-Konflikt und Deutsche Frage 1949-1969, in: Oliver Bange / Bernd Lemke (Hg.), Wege zur Wiedervereinigung. Die beiden deutschen Staaten in ihren Bündnissen 1970 bis 1990, München 2013, S. 32.

² John C. Ausland, Kennedy, Khrushchev, and the Berlin Crisis 1961-1964, Oslo 1996, S. 14.

³ Chruščëv ging davon aus, dass die europäischen Verbündeten wegen ihrer totalen Verwundbarkeit das Risiko eines Krieges unbedingt scheuen und deswegen ihren Einfluss in Washington in diesem Sinne geltend machen mussten, siehe u. a. Chruščëv im Gespräch mit dem britischen Botschaft Roberts, 29. 5. 1961, in: Band 3 dieser Dokumentation, S. 259. Gegenüber den Amerikanern bezeichnete er die Westeuropäer ausdrücklich als Geiseln, so im Gespräch mit Sulzberger, 5. 9. 1961, ebd., S. 436.

⁴ Pravda, 18. 10. 1961.

lingens sicher und ließ seit dem Frühsommer mehrfach verlauten, dass seine Bereitschaft zur Hinnahme die westliche Präsenz in der Stadt bald zu Ende sein werde. Gelegentlich deutete er sogar den Zeitpunkt an: Ab Mitte November – dem geplanten Endtermin der Raketendislokation auf der Karibikinsel – sollte es so weit sein.⁵

Die vorzeitige Entdeckung der im Bau befindlichen Abschussrampen auf Kuba seitens der Amerikaner und Kennedys Entschlossenheit, keine sowjetischen Kernwaffen in nächster Nähe zu dulden, schufen eine neue Lage. Chruschtschow sah sich veranlasst, auf die Stationierung zu verzichten und die Raketen in die UdSSR zurückzunehmen. Fidel Castro war empört über diesen „Verrat“. Als ein in heiklen außenpolitischen Missionen bewährtes Mitglied der Kremelführung wurde Anastas Mikojan nach Havanna entsandt, konnte aber den aufgebrachten „Máximo Lider“ nur wenig beruhigen.⁶ Die westliche Hoffnung, dass Chruschtschow jetzt auch in Berlin einen Rückzieher mache, erfüllte sich nicht. Er gab sich zwar verständigungsbereit, doch die von ihm angedeuteten Lösungsmöglichkeiten liefen auf die Durchsetzung der bisherigen Forderungen in verschleierte Form hinaus. Sein Vorschlag etwa, westliche Truppen für eine gewisse Zeit zusammen mit Einheiten anderer Länder als Polizisten unter UNO-Kommando im Westteil der Stadt zu stationieren,⁷ bedeutete, dass den Westmächten nicht nur ein Verfallsdatum ihrer Präsenz auferlegt, sondern auch eine sofortige Aufgabe ihrer Rechte und Zuständigkeiten zugemutet wurde. Überdies konnten die Vereinten Nationen, in denen die UdSSR als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates jede Entscheidung durch ihr Veto zu verhindern in der Lage war, West-Berlin keinesfalls vor östlichem Druck schützen. Mithin hätte die DDR dadurch die Möglichkeit erhalten, ihre Macht auf die Stadt auszudehnen und sie, wie Chruschtschow bereits ausdrücklich ins Auge gefasst hatte,⁸ am Ende ihrem Territorium einzuverleiben. Damit wäre schon vor dem späteren vollständigen Abzug des westlichen Personals das Ziel erreicht worden, den Westeuropäern den Eindruck zu vermitteln, dass die USA nicht mehr für ihren Schutz eintraten, und dadurch die

⁵ Chrusčëv im Gespräch mit Gorbach und Kreisky, 29. 6. 1962, in: Band 3 dieser Dokumentation, S. 577; Chrusčëv im Gespräch mit U Thant, 28. 8. 1962, ebd., S. 600; Chrusčëv im Gespräch mit Kroll, 11. 9. 1962, RGANI, f. 52, op. 1, d. 586, Bl. 171; Pokončič' s politikoј provakacii. Zjavlenie TASS, in: Pravda, 12. 9. 1962; Chrusčëv an J. F. Kennedy, o. D. [28. 9. 1962], in: Foreign Relations of the United States 1961–1963, Bd. XV, S. 338; Telegram From the Embassy of the United States to the Department of State [über Gespräch mit Chrusčëv], 16. 10. 1962, ebd., S. 359–361; Memorandum of Conversation [Kennedy – Gromyko], 18. 10. 1962, ebd. S. 371.

⁶ Die wesentlichen Dokumente in den russischen Archiven zu der Krise sind nach wie vor nicht freigegeben, so dass sie nicht in diesen Band aufgenommen werden konnten. Einen gewissen Ersatz bieten die von Anastas Mikojan privat aufbewahrten Unterlagen, deren Schwerpunkt auf der anschließenden Auseinandersetzung zwischen dem Kreml und Kuba liegt: Sergo Mikoyan, *The Soviet Cuban Missile Crisis. Castro, Mikoyan, Kennedy, Khrushchev, and the Missiles of November*, ed. by Svetlana Savranskaya, Washington/DC – Stanford/CA 2012.

⁷ Gerhard Wettig, *Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau*, München 2006, S. 253–258.

⁸ Wie zuvor ging es im Kern darum, dass West-Berlin in eine vom Westen – den Westmächten und der Bundesrepublik – völlig getrennte Freie Stadt zu verwandeln, die ohne Schutz und Unterstützung von außen dastünde und hinsichtlich ihrer – gleichwohl als frei bezeichneten – Zugänge der vollen Kontrolle der DDR unterliegen sollte. Damit wäre die Stadt dem SED-Regime wehrlos ausgeliefert gewesen. Chrusčëv sah daher voraus, dass sie sich um Aufnahme in die DDR bemühen werde, so im Gespräch mit Ulbricht am 2. 11. 1962, in: Band 3 dieser Dokumentation, S. 487, und gegenüber Gorbach und Kreisky am 29. 6. 1962, ebd., S. 588.

politische Grundlage zu unterminieren, die dem Zusammenhalt in der NATO zugrunde lag.⁹

Nachdem Chruschtschow erneut mit dem Versuch gescheitert war, die amerikanische Seite militärisch einzuschüchtern, war er auch diesmal nicht zum Verzicht auf seine Absicht bereit. Bis zum Ende seiner Herrschaft im Kreml betonte er bei Gesprächen über die globalen Beziehungen stets, dass die Deutschland- und Berlin-Frage der entscheidende Angelpunkt von allem sei und dass daher die dortige Lage durch Abschluss des Friedensvertrags in seinem Sinne „normalisiert“ werden müsse. Er sah zwar seine voll aufrechterhaltenen Forderungen als dringlich an, gab aber seine frühere Ungeduld auf, weil er der Ungunst des Kräfteverhältnisses inne geworden war. Die damit gegebene innere Spannung wurde für ihn erträglich durch die feste Überzeugung, dass sich das gesteckte Ziel auf jeden Fall früher oder später erreichen lasse, weil der Sozialismus gesetzmäßig weltweit siegen werde. Solange die UdSSR noch nicht stark genug war, sich voll durchzusetzen, erschien es jedoch angebracht, nicht länger alle sonstigen Vereinbarungen mit dem Westen von der vorherigen Regelung der deutschen Angelegenheiten abhängig zu machen. Das war dem Kreml seit der Berlin-Krise teuer zu stehen gekommen, weil er sich damit selbst blockiert hatte. Diese Haltungsänderung machte insbesondere den Vertrag vom 5. August 1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser möglich. In Bezug auf Berlin verlagerte sich der Akzent von der Forderung nach Abzug der westlichen Besatzungsmächte auf den Protest gegen die „westdeutsche Einmischung in die inneren Angelegenheiten West-Berlins“, das den Status einer „selbständigen“ bzw. „besonderen politische Einheit“ habe und daher auch real in eine solche umgewandelt werden müsse. Die angebliche Fremdbestimmung sei zu beseitigen durch Lösung der Bindungen an die Bundesrepublik. Das zielte darauf ab, der vom Umland isolierten Stadt die politische, wirtschaftliche und finanzielle Lebensfähigkeit zu entziehen.

Unausgesprochen bestritt die UdSSR damit zugleich das westliche Recht, über ihre Sektoren zu bestimmen, denn die Westmächte hatten das dortige Engagement der westdeutschen Seite autorisiert und sogar gefordert. Nur wenn ihnen die Berechtigung dazu fehlte, waren die Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik illegitim. Die Tatsache, dass die Sowjetunion sich letzten Endes weiter gegen die rechtliche Grundlage der westlichen Präsenz in der Stadt und des Zugangs zu ihr wandte, macht deutlich, dass der Kreml nach der Kuba-Krise seinen Standpunkt nicht grundlegend, sondern nur taktisch geändert hatte. Damit stimmt überein, dass der Abschluss des Friedensvertrags, mithin die Aufhebung der Besatzungsrechte in Berlin, nach wie vor zur unbedingt zu erfüllenden Forderung erklärt wurde, um die, wie es hieß, bedrohlich gewordene Lage zu entschärfen. Zugleich wollte die Führung in Moskau in Anbetracht dessen, dass sie vorerst nicht auftrumpfen konnte, gegenüber den Westmächten die Aggressivität

⁹ N. S. Chrusčëv, *Za novye pobedy kommunističeskogo dviženija. K itogam Soveščanija kommunističeskich i rabočich partij* (Grundsatzreferat am 6. 1. 1961), in: *Kommunist*, 1/1961, S. 21f; Chrusčëv im Gespräch mit Ulbricht, 31. 3. 1961, in: Band 3 dieser Dokumentation, S. 112; Ausführungen Chrusčëvs auf der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU, 26. 5. 1961, ebd., S. 155; Chrusčëv im Gespräch mit Ho Chi Minh, 17. 8. 1961, ebd., S. 407.

ihres Standpunkts verschleiern. Daher gab sie sich den falschen Anschein, sich auch in deren Interesse gegen die – angebliche – Verletzung des alliierten Rechts durch die Bundesrepublik zur Wehr zu setzen.¹⁰

Chruschtschow vermochte seine Politik auch in der neuen Form nicht durchzusetzen. Zwar konnte er die SED-Führung dazu nötigen, ihre Hoffnung auf baldige Herstellung ihrer vollen Souveränität in und um Berlin aufzugeben, aber mit dem Bemühen, die Westmächte müde zu machen, hatte er keinen Erfolg. In den Verhandlungen mit den USA stießen seine Vorschläge auf Ablehnung, und der an den West-Berliner Zugangswegen ausgeübte Druck blieb ohne Wirkung. Weder die vom 10. Februar bis Ende März 1963 wiederholt unter Hinweis auf Manöver sowjetischer Luftstreitkräfte erklärte Sperrung der westlichen Luftkorridore und die dabei inszenierten Beinahe-Zusammenstöße noch das Bemühen, die Verfügungsgewalt über den militärischen Berlin-Verkehr der Westmächte durch das Bestehen auf einseitig oktroyierten Abfertigungsmodalitäten zu demonstrieren, machten den erhofften Eindruck. Die UdSSR sah sich in beiden Fällen dazu veranlasst, ihre Aktion aufzugeben, ohne irgendetwas erreicht zu haben.¹¹

Nachdem das Bemühen, die Lage in Berlin durch Pressionen zu verändern, keinen Erfolg gehabt hatte, hoffte Chruschtschow auf einen politischen Durchbruch in Bonn. Der Wechsel von Adenauer zu Erhard Mitte Oktober 1963 schien die Möglichkeit dazu zu bieten, weil der neue Bundeskanzler sein Amt gegen den Willen seines in Moskau missliebigen Vorgängers angetreten hatte und wegen seiner Vergangenheit als Wirtschaftsminister als Verkörperung des westdeutschen ökonomischen Interesses galt, das vermeintlich eine enge Zusammenarbeit mit der UdSSR erforderte, weil, wie ihm in Erinnerung an die Zeit der Weimarer Republik schien, die deutsche Industrie auf den Osthandel angewiesen sei. Wie er ständig argumentierte und ernstlich glaubte, war die Bundesrepublik im Westen mit Konkurrenten konfrontiert, die sie niederzuhalten suchten, während sich ihr im Osten eine ökonomische Partnerschaft biete, in der jede Seite bei der anderen das finden würde, was sie brauche.¹² Demnach war die bisherige Westbindung dem starrsinnigen Adenauer zuzuschreiben, der sich gegen alle Überlegungen des wahren Staatsinteresses durchgesetzt hatte. Von Erhard als wirtschaftlich denkendem Kanzler erhoffte Chruschtschow, dass er sich einer Herauslösung der Bundesrepublik aus dem westlichen Lager nicht verschließen werde. Um die Bereitschaft dazu zu befördern, wollte er ein Zeichen setzen mit der Botschaft, dass die Kooperation mit den sozialistischen Ländern auch politische Vorteile verspreche.

Die Gelegenheit dazu bot sich in Berlin. Seit dem ausgehenden Sommer 1963 hatte das Oberhaupt der westlichen Teilstadt, Willy Brandt, mehrfach die Absicht bekundet, sich um praktikable Zwischenlösungen zur Milderung der Folgen des Mauerbaus zu bemühen. Auf östlicher Seite notierte man mit Befriedigung, dass der als scharfer Widersacher betrachtete Politiker mit dem SED-Regime zu

¹⁰ Wettig, Chruschtschows Berlin-Krise, S. 258–264.

¹¹ Ebd., S. 265–273.

¹² Siehe etwa Predloženiija N. S. Chruščeva po podgotovke pamjatnoj zapiski poslu FRG v Sovetskom Sojuze G. Krollju o rešenii germanskogo voprosa i dal'nejšem razvitii otnošenij meždu SSSR i FRG, 11. 12. 1961, in: Venskij val's cholidnoj vojny. Vokrug vstreči N. S. Chruščeva i Dž. F. Kennedi v 1961 godu v Vene, Moskau 2011, S. 634–641.

verhandeln bereit war. Dieser wollte sich aber von vornherein auf „technische Kontakte“ beschränken, also eine staatliche Anerkennung der anderen Seite ausschließen. Da die DDR darauf bestand, kamen keine Verhandlungen zustande.¹³ Daher war es eine Überraschung, als diese am 5. Dezember auf einmal einwilligte. Die Haltungsänderung ging auf sowjetische Einflussnahme zurück, die auch die politischen Ergebnisse der Gespräche ab 11. Dezember bestimmte. Die DDR, der große finanzielle Vorteile zugestanden wurden, verzichtete auf ihre Anerkennungsforderung, indem sie das fehlende Einvernehmen über die verwendeten Amts- und Dienstbezeichnungen hinnahm, und war auch damit einverstanden, dass das Personal ihrer Ausgabestellen in West-Berlin als Postbedienstete firmierte, weil die Westmächte die Tätigkeit von DDR-Staatsorganen in ihren Sektoren verboten hatten. Auf dieser Basis wurde am 17. Dezember ab dem folgenden Tag bis zum 4. Januar 1964 die Genehmigung von Besuchen im Ostteil der Stadt vereinbart. In dieser Zeit wurden 700 000 Passierscheine ausgegeben, die 1,3 Millionen West-Berlinern die Zusammenkunft mit Verwandten und Freunden jenseits der Mauer ermöglichten.¹⁴

Ungeachtet des Interesses an einem Politikwechsel in Bonn, hielt Chruschtschow daran fest, dass West-Berlin als ein separates staatsähnliches Gebilde zu gelten habe. Daher wollte er den Eindruck vermeiden, dass er den Bindungen an die Bundesrepublik in irgendeiner Weise zustimme. Das erschien umso mehr angebracht, als ihm immer wieder Zweifel daran kamen, ob sich die politische Haltung des Kabinetts Erhard tatsächlich in der erwarteten Richtung entwickelte. Daher verweigerte die UdSSR im Januar 1964 der westdeutschen Seite den Abschluss eines Handelsvertrags mit einer entsprechenden Berlin-Klausel. Da sie jedoch die ungehinderte Fortsetzung des Warenverkehrs für äußerst wichtig erachtete, schlug sie vor, diesen bis auf Weiteres im Rahmen der bisherigen Vereinbarungen fortzuführen. Damit vermied der Kreml die erneute Anerkennung der Bindungen, ohne dass die Bundesregierung das Vertragsverhältnis wegen Nicht-einbeziehung West-Berlins beendete.

Nachdem Ulbricht in Moskau wiederholt darauf gedrungen hatte, dass die UdSSR endlich mit ihren erklärten Absichten in der Berlin- und Deutschland-Politik Ernst machen müsse, schloss Chruschtschow am 12. Juni 1964 einen „Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit“ mit der DDR. Beide Seiten verpflichteten sich, „unbeirrt für die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkriegs, für den Abschluss eines deutschen Friedensvertrags und die Normalisierung der Lage in Westberlin ein[z]utreten“. Diese Formulierungen entsprachen zwar den sowjetischen Stellungnahmen in den Jahren der akuten Berlin-Krise, doch fehlten die konkretisierenden Forderungen nach Aufhebung der Präsenz- und Zugangsrechte der Westmächte sowie uneingeschränkte Anerkennung der DDR-Souveränität und der Zweistaatlichkeit in Deutschland. Stattdessen sicherten sich die Vertragspartner gegenseitig zu, sie würden „Westberlin als selbständige politische Einheit betrachten“. Das schuf

¹³ Gerhard Kunze, Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989, Berlin 1999, S. 70–72.

¹⁴ Ebd., S. 84–132; Wettig, Chruschtschows Berlin-Krise, S. 276f.

für die Sowjetunion ebenso wenig klare Verbindlichkeiten wie die generelle Zusage, die Ziele der DDR in Deutschland und Berlin zu unterstützen.¹⁵ Wie etwa das darüber mit Ulbricht am Vortag geführte Gespräch erkennen lässt, das in diesem Band wiedergegeben ist, suchte Chruschtschow mit dem Vertrag die SED-Führung zufrieden zu stellen. Dabei machte er keine Zusagen, die über die Beistandsverpflichtung im Warschauer Pakt hinausgingen.

Die sowjetische Hoffnung auf eine Änderung der Bonner Haltung erhielt neue Nahrung, als am 11. Juni ein westdeutscher Korrespondent, Heinz Lathe, im Kreml wegen einer Reise von Chruschtschows Schwiegersohn Aleksej Adshubej in die Bundesrepublik anfragte. Das geschah aus eigenem Antrieb, doch die sowjetische Führung glaubte, dass es sich um einen Auftrag von Bundeskanzler Erhard handelte, und ließ durch einen Mittelsmann ausrichten, Chruschtschow habe die Reise persönlich für notwendig erklärt, weil man „unbedingt mit Bonn sprechen“ müsse. Als Termin komme erst der nächste Monat in Frage. Adshubej kam vom 20. Juli bis 1. August in die Bundesrepublik, um für den in Aussicht genommenen Besuch seines Schwiegervaters das politische Terrain zu erkunden. Wenn ihn Spitzenpolitiker und Wirtschaftsführern auf die Wiedervereinigung ansprachen, verwies er auf die Möglichkeit von Verhandlungen mit der DDR, von denen freilich nach Lage der Dinge kein Erfolg zu erwarten war. Bei Streitfragen in unmittelbarem Verhältnis zur UdSSR stellte er ein pragmatisches Verhalten in Aussicht. Das begrenzte Ausmaß des sowjetischen Eingehens auf Wünsche der westdeutschen Seite ließ seine Bemerkung erkennen, dass eine Einbeziehung West-Berlins in die bilateralen Handels- und Kulturbeziehungen denkbar wäre. Die Aussage, sein Land benötige einen freien Rücken gegenüber dem künftig atomar bewaffneten China und sei sich des dafür erforderlichen Preises bewusst, weckte jedoch in Bonn die Hoffnung auf substanzielle Zugeständnisse. Bei Bundeskanzler Erhard warb Adshubej für ein bilaterales Gipfeltreffen, ohne Entgegenkommen anzudeuten. Die Antwort, kein Thema dürfe ausgeschlossen werden, auch die Vereinigung nicht, quittierte er mit dem Hinweis, man solle von diesem Problem absehen. Dem Bemühen um bessere Beziehungen sei die bestehende Lage zugrunde zu legen. Hinsichtlich der deutschen Einheit müsse man sich an die DDR wenden. Falls man sich ihr gegenüber weiter verweigere, würde viele Jahre lang Frost herrschen.¹⁶

Die Hoffnungen in Bonn und Moskau, die jeweils eigenen Ziele bei der anderen Seite zu erreichen, waren offensichtlich illusionär, wurden aber weiter aufrechterhalten. Sie hatten keinen Test der Wirklichkeit mehr zu bestehen, weil Chruschtschow am 14. Oktober 1964 gestürzt wurde. Seine außenpolitische Abschlussbilanz war negativ. Die im November 1958 eingeleitete und mit großen Anstrengungen und Risiken immer wieder erneuerte politische Offensive gegen den Westen hatte zu nichts geführt. Zwar hatte dieser vor der Kuba-Krise mehr-

¹⁵ Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, 12. 6. 1964, in: Hans-Heinrich Mahnke (Hg.), Beistands- und Kooperationsverträge der DDR, Köln 1982, S. 101-106.

¹⁶ Siehe vor allem Daniel Kosthorst, Sowjetische Geheimpolitik in Deutschland? Chruschtschow und die Adshubej-Mission 1964, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 2/1996, S. 257-293.

fach Konzessionsbereitschaft bekundet, doch wollte sich der Kremlchef lediglich auf Scheinkompromisse einlassen. Das wäre auf eine Kapitulation der Westmächte in Berlin hinausgelaufen mit der Folge, dass die politische Grundlage der atlantischen Allianz und der Westbindung der Bundesrepublik erschütterter worden wäre. Der Versuch, die westliche Seite durch massive Einschüchterung zur Aufgabe ihrer Position in der Stadt zu veranlassen, war in der Kuba-Krise endgültig gescheitert. Seitdem war alles weitere darauf abzielende Bemühen genauso aussichtslos wie die Appelle zum Verlassen der NATO, die Chruschtschow an Politik und Öffentlichkeit in Westeuropa – zuletzt bei seinen Besuchen in Dänemark und Norwegen vom Frühsommer 1964 – richtete. Angesichts des fortgesetzten Scheiterns hoffte der Kremlchef nach Adenauers Rücktritt im Spätherbst 1963, die Westdeutschen mit – freilich nur minimalen – Schritten des Entgegenkommens zum Verlassen des westlichen Lagers zu bewegen. Das musste scheitern: Eine als „Normalisierung“ firmierende Festigung der Zweistaatlichkeit und des SED-Regimes war, selbst wenn im Zusammenhang damit einige Folgen der nationalen Teilung und der Berliner Mauer gemildert wurden, auch für überzeugte Gegner Adenauers und seiner Politik wenig attraktiv.

Wenn es nicht um offizielle Stellungnahmen mit genau festgelegtem Inhalt ging, die zumeist auf vorangegangenen Beschlüssen des ZK-Präsidium der KPdSU beruhten, formulierte Chruschtschow aus dem Augenblick heraus. Damit eröffnen die Gespräche, die er führte, exzellente Einblicke in sein Denken und Handeln und damit zugleich in die Außen- und Sicherheitspolitik der UdSSR, die von ihm seit Anfang 1955 bis zu seiner Absetzung im Oktober 1964 entscheidend bestimmt wurde. Neue Erkenntnisse ergeben sich auch zur Haltung der Personen, mit denen er redete. Vor allem ist interessant, wie sich westliche Politiker zu zentralen Streitpunkten, etwa zur deutschen Frage, äußerten. Dabei sind oft erhebliche Abweichungen von der Position festzustellen, die der Betreffende bei anderen Gelegenheiten bezog.

Chruschtschow war ein hervorragender Kommunikator, der mit Menschen verschiedenster Lebensbereiche und Meinungen gerne redete und dabei seinen Vorstellungen und Absichten frei und spontan Ausdruck gab. Er wusste nicht nur seine Auffassungen stets mit plausibel erscheinenden Argumenten zu vertreten, sondern sich auch mit relativ einfachen Worten verständlich zu machen sowie sich meistens gut auf die Haltung des jeweiligen Gegenübers einzustellen. Er war zutiefst davon überzeugt, dass das sozialistische System der UdSSR und ihrer Gefolgschaftsstaaten der politischen Ordnung des Westens überlegen sei, vor allem auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Er benutzte die genormte parteiamtliche Phraseologie nur, wenn es in besonderen Fällen offiziell geboten war. Normalerweise redete er in der Umgangssprache, streute häufig populäre Wendungen und gelegentlich sogar humoristische Bemerkungen ein. Es finden sich auch letzte Reste einer religiösen Sozialisation, die man bei einem überzeugten Kommunisten nicht erwarten würde. Die frei formulierte Rede hatte zur Folge, dass er gelegentlich seine Sätze nicht zu Ende führte oder anders fortsetzte, als er sie begonnen hatte. Das zeigt sich in den Protokollen nur selten, denn die Gespräche wurden nicht stenografisch festgehalten, sondern üblicherweise von den Dolmetschern – meist Diplomaten – hinterher anhand der notierten Stichworte nieder-

geschrieben. Danach gingen diese Aufzeichnungen, von denen nur die allerwichtigsten von Chruschtschow oder einem Beauftragten nochmals durchgesehen wurden, anderen Führungsmitgliedern im Kreml zur Kenntnisnahme und Orientierung zu.

Wenn Chruschtschow in voller Fahrt redete, standen ihm seine Aussagen zuweilen so unmittelbar vor Augen, dass er unversehens vom Präteritum ins Präsens wechselte. Zudem gebrauchte er manchmal Pronomen, ohne das gemeinte Substantiv vorher genannt zu haben. Das war insbesondere dann der Fall, wenn er sich mit Feinden im Westen auseinandersetzte, denn er hatte den fundamentalen System- und Machtkonflikt mit ihnen so sehr verinnerlicht, dass er an nichts anderes dachte und daher die Benennung des gemeinten Subjekts wegließ. Auf die Protokollanten geht zurück, dass Kommunisten, deren Äußerungen aufgezeichnet wurden, oft ausdrücklich als Genossen gekennzeichnet wurden. Die dabei verwendete Abkürzung wird in der deutschen Übersetzung mit „Gen.“ wiedergegeben.

Noch einige Bemerkungen zur formalen Gestaltung. Unterstreichungen im Original werden übernommen. Bei Auslassungen und sonstigen Unklarheiten werden zur Erleichterung des Verständnisses erläuternde bzw. ergänzende Zusätze in eckiger Klammer eingefügt. Wenn sich im Text wenig bekannte Abkürzungen finden, werden sie durch die Vollbezeichnungen ersetzt. Soweit in den erläuternden Anmerkungen um Wörter und Sätze aus deutschen Texten zitiert werden, wird, soweit erforderlich, die Schreibweise der heutigen Orthographie angepasst. Um dem Leser die Lautung der russischen und bulgarischen Namen nahe zu bringen, richtet sich ihre Wiedergabe in den Dokumententexten nach den – weitgehend am Erfordernis einer phonetischen Wiedergabe orientierten – Regeln des Duden. Abweichend davon werden der stimmhafte und der stimmlose Zischlaut voneinander unterschieden (sh gegenüber sch). In den Fußnoten wird zur Klarstellung der originalen Namensform die im Deutschen übliche wissenschaftliche Transkription verwendet. Im Namensregister werden beide Schreibweisen nebeneinander angegeben.

Im Russischen lassen sich die vertrauliche Anrede „ihr“ und die Höflichkeitsform „Sie“ sprachlich nicht voneinander unterscheiden. Daher geht, wenn Chruschtschow mit mehreren Menschen redet, aus dem Text nicht hervor, welche Anredeform er verwendet. Soweit seine Präferenz im gegebenen Fall nicht bekannt ist, werden der Übersetzung ins Deutsche folgende generell üblichen Usancen zugrunde gelegt: Im persönlich engen Kreis kommunistischer Führer nannte man sich üblicherweise „du“, während sonst auch unter Genossen die Anrede „Sie“ galt; bei allgemeinen Bezugnahmen auf das Kollektiv bzw. die Großgruppe des Gegenübers hieß es oft „ihr“.

Um Inhalt und Kontext der Dokumente für eine breite Leserschaft zu erschließen, werden die Annotationen als Fußnoten direkt unter das jeweilige Dokument gesetzt. Damit jedes Dokument für sich allein verständlich ist, werden diese Erläuterungen erneut hinzugefügt, wenn sie zuvor schon unter einem anderen Dokument stehen. Varianten im russischen Text eines Dokuments, die durch handschriftliche Änderungen (Streichung, Hinzufügung oder Umformulierung) der maschinenschriftlichen Fassung der entstanden sind, finden in den Annotationen nur so weit Berücksichtigung, wie sie die Aussage verändern.

Chronologie

22. Oktober 1962

John F. Kennedy erklärt den Amerikanern in einer Fernsehansprache, dass die UdSSR auf Kuba Atomraketen stationiert, welche die Sicherheit der USA massiv bedrohen. Das soll unbedingt verhindert werden. Damit beginnt die Kuba-Krise. Die USA sind der UdSSR global-strategisch enorm überlegen: 230 gegen 42 Langstreckenraketen, 1400 gegen 155 Langstreckenbomben, 5000 gegen 300 Nuklearsprengköpfe. Der Einschüchterungseffekt hat – nicht zuletzt aufgrund der vorzeitigen Entdeckung der Raketen durch die Amerikaner – versagt, und Chruschtschow muss sich die Frage stellen, was passieren würde, falls die Krise zum Krieg eskalieren sollte: Dann hat die Sowjetunion auch unter Einbeziehung der auf Kuba bereits einsatzfähigen Raketen mit weit größerer Vernichtung zu rechnen als die westliche Führungsmacht. Kennedy trifft die Entscheidung, auf die Herausforderung nicht mit einem Angriff gegen Kuba zu reagieren, weil zu erwarten ist, dass die dortigen Raketen durch einen Präventivschlag nicht vollständig auszuschalten sind und dass West-Berlin im Kriegsfall sofort verloren wäre. Stattdessen befiehlt er eine Seeblockade, um der UdSSR klar zu machen, dass die Verbindung zur Raketenbasis in der Karibik nicht aufrechtzuerhalten ist.

23. bis 27. Oktober 1962

Entgegen der amerikanischen Erwartung, dass die sowjetische Seite mit verstärktem Druck auf West-Berlin antworten werde, hält sich Chruschtschow dort zurück, um nicht noch einen weiteren Krisenbrennpunkt zu haben. Auch wegen Kuba will er es nicht zur Konfrontation kommen lassen. Daher sollen die auf den Weg dorthin befindlichen Raketentransportschiffe abdrehen. Die Atom-U-Boote in der Karibik erhalten strikte Anweisung, nur im Falle eines direkten feindlichen Angriffs militärisch zu reagieren. Zugleich sucht sich der Kremlchef dem Verlangen nach Verzicht auf Raketenstationierung zu entziehen, nimmt eine schwankende Haltung ein oder stellt Gegenforderungen.

28. Oktober 1962

Chruschtschow gibt nach. Kennedy honoriert den Stationierungsverzicht mit der Garantie, Kuba künftig niemals anzugreifen, und nachträglich zusätzlich mit der Bereitschaft, im kommenden Sommer die amerikanischen Mittelstreckenraketen aus der Türkei abzuziehen. Der Abzug soll nach außen hin nicht als Gegenleistung, sondern als eine unabhängig getroffene Entscheidung erscheinen. Die Vereinbarung beendet die Kuba-Krise. Fidel Castro ist aufgebracht über den Abzug der sowjetischen Raketen und schickt einen wütenden Brief nach Moskau.

7. November 1962

Chruschtschow gibt gegenüber ausländischen Journalisten die Erklärung ab, der UdSSR gehe es nicht um die Ausdehnung ihrer Macht auf West-Berlin. Vielmehr wolle sie den Frieden gewährleisten, den die Stadt in ihrer gegenwärtigen Gestalt bedrohe. Er nannte keinen Termin für den Abschluss des Friedensvertrags, der nach seiner Ansicht erforderlich war, sondern meinte, dass die Zeit dafür heranreifen werde. Zugleich betonte er das Interesse an Schritten zur Einstellung der Kernwaffenversuche und an einer Beschränkung der Rüstungen.

22. November 1962

Chruschtschow hat ein ihm eng verbundenes Führungsmitglied, Anastas Mikojan, nach Kuba entsandt mit dem Auftrag, die dortige Führung zu besänftigen. Während seines dreiwöchigen Aufenthalts auf der Insel sieht dieser die sowjetische Seite heftigen Vorwürfen ausgesetzt. In einem vierstündigen Gespräch mit Fidel Castro und „Che“ Guevara muss er sich anhören, die UdSSR habe Kuba verraten. Dieses habe ein Risiko übernommen und gedacht, das sozialistische Lager würde das auch umgekehrt tun. Man habe sich auf einen Nuklearkrieg für den Fall eines Angriffs auf die UdSSR vorbereitet. Diese sei aber ihrerseits nicht bereit, Kuba entsprechenden Beistand zu leisten. Zudem sei die vorzeitige Entdeckung der Raketen auf das unvorsichtige Verhalten des sowjetischen Personals zurückzuführen. Es gelingt Mikojan nicht, seine Gesprächspartner zu beschwichtigen.

28. November 1962

Der sowjetische Botschafter in London, Soldatow, unterbreitet dem britischen Außenminister Lord Home einen als Kompromiss bezeichneten Vorschlag zu West-Berlin. Nachdem die UdSSR schon früher Konzessionen gemacht habe, sei sie jetzt zu einer Übereinkunft über die Frage der Streitkräfte in der Stadt bereit. Würde die Fahne der Besatzungsmächte, die real die Fahne der NATO sei, durch die Fahne der UNO ersetzt, könnten die westlichen Truppen zusammen mit den Einheiten anderer Ländern als Polizisten unter UNO-Kommando für eine gewisse Zeit dort verbleiben. Die Vereinten Nationen könnten dann „gewisse internationale Verpflichtungen“ gegenüber West-Berlin übernehmen; ihr Sitz könnte dorthin verlegt werden. Am gleichen Tag formuliert der amerikanische Außenminister Dean Rusk Instruktionen für die Fortsetzung des Gesprächs mit der sowjetischen Seite. Als vorrangiges Ziel wird genannt eine „Regelung in Berlin zu Bedingungen, welche die Stadt frei und funktionsfähig erhält“. Im Blick darauf soll alles genutzt werden, was dazu führen könnte, etwa Chruschtschows Idee, dass die Westmächte vielleicht unter UNO-Fahne in Berlin bleiben könnten.

14. Dezember 1962

Chruschtschow gibt Botschafter Pjotr Abrassimow vor dessen Abreise nach Ost-Berlin neue Instruktionen zur Berlin-Politik nach der Kuba-Krise. Er will die direkte Konfrontation mit den USA vermeiden und wendet sich daher vor allem gegen die „westdeutsche Einmischung in die inneren Angelegenheiten

West-Berlins“. Als Angelpunkt des Bemühens, die Stadt aus dem Lager des Westens herauszubringen, dienen fortan in erster Linie Proteste gegen ihre Bindung an die Bundesrepublik. Dahinter steht die Absicht, die Lebensfähigkeit West-Berlins zu erschüttern, ohne dass die Präsenz- und Zugangsrechte der Westmächte unmittelbar in Frage gestellt werden. Dem veränderten Vorgehen liegt die Einschätzung zugrunde, dass die Stadt ohne die finanzielle und administrative Unterstützung des westdeutschen Staates nicht überleben kann.

14. Januar 1963

Der französische Staatspräsident de Gaulle legt sein Veto ein gegen die Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

15. bis 21. Januar 1963

In Ost-Berlin findet der VI. Parteitag der SED statt, auf dem es primär um die Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der DDR geht. Chruschtschow erklärt, dass der Abschluss des deutschen Friedensvertrags nicht mehr das gleiche Problem darstelle „wie vor den Schutzmaßnahmen an der Grenze zwischen der DDR und West-Berlin“, fasst dabei aber keine Abstriche von bisherigen Zielen ins Auge, sondern hält kompromisslos an ihrer Durchsetzung fest. SED-Chef Walter Ulbricht zufolge ist davon auszugehen, dass sie „nicht in einem Zug“ erreicht werden. Daher sieht er für die „Umwandlung Westberlins in eine friedfertige, neutrale Stadt“ eine „schrittweise Regelung“ vor. Zwischen beiden deutschen Staaten solle eine Konföderation gebildet werden, der sich das „besondere Gebiet Westberlin“ anschließen könne. Er sagt den künftigen Sieg des Sozialismus in Deutschland voraus, den man durch friedlichen ökonomischen, politischen und geistigen Wettbewerb erreichen werde.

22. Januar 1963

Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle schließen den Elysée-Vertrag, der die Bundesrepublik und Frankreich eng miteinander verbindet.

23. Januar 1963

Chruschtschow fordert auf einer Kundgebung in West-Berlin, die „gegenwärtige unsichere und explosive Lage“, in welche die Stadt wegen ihres „Missbrauchs“ als „NATO-Stützpunkt“ geraten sei, müsse ein Ende finden, und tritt dafür ein, dass es dort zu einer „Ablösung der NATO-Truppen durch Verbände der UNO“ kommt. Das wäre nach seiner Darstellung eine „zusätzliche Garantie dafür, dass die Westberliner selbst frei ihr Leben einrichten“ könnten. Die UdSSR würde sich nicht einmischen.

10. Februar 1963

Zum ersten Mal in der Geschichte der Alliierten Luftsicherheitszentrale kündigt der Vertreter der UdSSR Manöver der sowjetischen Luftstreitkräfte im Bereich der Luftkorridore an, die den Westmächten für den Verkehr nach West-Berlin zur Verfügung stehen, und verlangt, dass zur angegebenen Zeit keine Flüge stattfinden. Die westliche Seite protestiert, besteht auf ihrem Recht und setzt die

Flüge unbeirrt fort. Das wiederholt sich in den folgenden Wochen immer wieder. Dabei kommt es wiederholt zu Beinahe-Zusammenstößen mit sowjetischen Kampfflugzeugen, doch dies erschüttert nicht die westliche Entschlossenheit zur Behauptung der Luftkorridore.

17. Februar 1963

Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in West-Berlin wird die harte Linie des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt gegenüber den sowjetischen Forderungen eindrucksvoll bestätigt: Seine Partei, die SPD, erhält einen Stimmenanteil von 61,9%, während die SED nur 1,4% erreicht.

30. März 1963

Die UdSSR beendet die Manöver ihrer Luftstreitkräfte im Bereich der Luftkorridore. Der über eineinhalb Monate dauernde sowjetische Versuch, die Zuständigkeit der Westmächte für den Flugverkehr nach West-Berlin in Frage zu stellen, ist fehlgeschlagen.

10. Juni 1963

Mit der Begründung, dass ein Krieg zwischen Ost und West angesichts der zu erwartenden allgemeinen Vernichtung sinnlos wäre, setzt sich Präsident Kennedy in einer Rede in der American University in Washington/DC für die Herstellung eines „echten Friedens“ auf der Basis wechselseitiger Toleranz und der friedlichen Regelung von Streitigkeiten ein. Im Blick hält er nicht nur Maßnahmen der Rüstungskontrolle für notwendig, die schrittweise zu einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung führen sollen, sondern wirft auch das Stichwort der Beendigung des kalten Krieges in die Diskussion.

15. Juni 1963

In einem von „Prawda“ und „Iswestija“ veröffentlichten Journalistengespräch begrüßt Chruschtschow die Ausführungen Kennedys und stimmt insbesondere der Ansicht zu, dass der kalte Krieg ein Ende finden müsse, vermisst aber eine klare Aussage zu der Frage, ob der amerikanische Präsident auch die Quellen des kalten Krieges beseitigen wolle. Als solche bezeichnet er vor allem das Deutschland- und Berlin-Problem, bei dem der Eindruck entstehe, als wollten die USA es nicht lösen, sondern auf ihrem alten Standpunkt beharren. Chruschtschow erklärt, die UdSSR werde dieses Problem auf jeden Fall lösen, würde dies aber lieber gemeinsam mit den Westmächten tun. Als weitere Quellen des kalten Krieges nennt er die amerikanischen Militärstützpunkte in anderen Ländern, durch welche die Sowjetunion und die anderen sozialistische Staaten eingekreist würden. Kennedys Worten müsse als Tat die Liquidierung aller Stützpunkte im Ausland folgen. Um den kalten Krieg zu beenden, hätten sich die USA aus Europa und Asien zurückzuziehen.

18. Juli 1963

Außenminister Andrej Gromyko erörtert mit einer DDR-Delegation das Vorgehen in der Berlin-Frage. Er lehnt es ab, sofort die Beseitigung der „Überreste des

Zweiten Weltkriegs“, also die Aufhebung der westlichen Besatzungsrechte, ins Auge zu fassen, und ist auch nicht bereit, das Bemühen auf die „Durchbrechung der Hallstein-Doktrin“, also auf das Ziel der Anerkennung der DDR, auszurichten. Es könne augenblicklich nur um die Durchsetzung der Forderungen gehen, die den Westmächten nicht als Provokation erscheinen würden: eine bessere Bezahlung der ostdeutschen Dienstleistungen für die Garnisonen in West-Berlin und veränderte Modalitäten beim Zutritt westlicher Militärs und Amtspersonen nach Ost-Berlin. Aber auch dabei sei Vorsicht erforderlich.

25. Juli 1963

Die USA, die UdSSR und Großbritannien schließen ein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche. Dabei werden auf Betreiben der beiden westlichen Vertragsbeteiligten die unterirdischen Tests ausgeklammert mit der Begründung, dass sie sich ohne Inspektionen vor Ort nicht zuverlässig feststellen lassen.

5. August 1963

Der Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser wird abgeschlossen. Das Verbot bezieht sich nicht auf die unterirdischen Versuche, weil hinsichtlich der Überprüfung kein Einvernehmen erzielt werden konnte. Während die USA und Großbritanniens auswärtige Inspektionen vor Ort forderten, um in Verdachtsfällen zu einem zuverlässigen Urteil zu gelangen, wollte die UdSSR nur seismographische Messungen zulassen, und erklärte, dass auf dieser Grundlage etwaige Zweifelsfragen geklärt werden könnten.

30. August 1963

Die Regierungen in Washington und Moskau einigen sich auf die Einrichtung eines „heißen Drahts“. Die politischen Führer beider Seiten sollen eine spezielle Telefonleitung erhalten, die ihnen bei Bedarf, vor allem im Fall einer Krise, eine sofortige Kommunikation ermöglicht.

10. Oktober bis 5. November 1963

Die sowjetischen Behörden an den Transitstrecken nach West-Berlin machen amerikanischen Militärkonvois mehrfach Schwierigkeiten auf dem Weg nach bzw. von West-Berlin, sehen sich aber, als diese stets beharrlich und ausdauernd auf der Durchfahrt bestehen, zum Nachgeben veranlasst. Damit scheitert ein weiterer Versuch, die Bindung der Stadt an den Westen zu lockern.

15. Oktober 1963

Adenauer tritt zurück; der bisherige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard wird Bundeskanzler. Chruschtschow hofft, dass der Regierungswechsel in Bonn die Bundesrepublik näher an die UdSSR heranführen wird.

22. November 1963

Kennedy wird ermordet. Als Nachfolger wird Vizepräsident Lyndon B. Johnson vereidigt.

11. Dezember 1963

Der Stellvertretende Vorsitzende des DDR-Ministerrats, Alexander Abusch, bietet dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt Verhandlungen über Passierscheine an, um den West-Berlinern Besuche im Ostteil der Stadt zu ermöglichen.

12. bis 17. Dezember 1963

Die Beauftragten des [West-]Berliner Senats und der DDR-Regierung verhandeln erfolgreich über die Ausgabe von Passierscheinen zum Besuch Ost-Berlins vom 18. Dezember 1963 bis zum 4. Januar 1964. In dieser Zeit werden 700 000 Passierscheine ausgegeben, die 1 300 000 West-Berlinern das Wiedersehen mit Verwandten und Freunden im Ostteil der Stadt ermöglichen.

21. Januar 1964

Nachdem der Handelsvertrag zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Ende 1963 ausgelaufen ist, weil wegen der Streitfrage der Einbeziehung West-Berlins (für das nach sowjetischer Auffassung die westdeutsche Seite nicht tätig werden darf) keine Verlängerung zustande gekommen ist, wird auf Vorschlag der sowjetischen Regierung der Warenverkehr bis auf Weiteres im Rahmen der bisherigen Vereinbarungen fortgesetzt.

19. bis 28. Februar 1964

Der dänische Ministerpräsident Jens Otto Krag besucht an der Spitze einer Delegation die Sowjetunion und führt in dieser Zeit mehrere Gespräche mit Chruschtschow.

7. März 1964

Chruschtschows Enttäuschung über die Bonner Politik findet Ausdruck in einer Erklärung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS, in der die Bundesrepublik als der „aggressivste und abenteuerlichste Staat in Europa“ bezeichnet wird und vom „revanchistisch-militaristische[n]“ Programm seiner Regierung die Rede ist.

11. März 1964

Der kurz zuvor aus Moskau nach Bonn zurückgekehrte sowjetische Botschafter Andrej Smirnow erklärt im Bundeskanzleramt, Chruschtschow habe „großes Interesse“ am Verhältnis zur Bundesrepublik, und verliest eine „persönliche Botschaft“ des Kremlchefs, die den Wunsch nach verbesserten Beziehungen und den Vorschlag enthält, ein „Zusammentreffen [...] auf verschiedenen Ebenen jenseits der diplomatischen Kanäle zu organisieren. Der dabei durchgeführte Meinungsaustausch solle keinem „Veto“ unterliegen und könne auch dann von Nutzen sein, „wenn es nicht gelänge, sofort eine Lösung dieser oder jener Fragen zu finden“.

9. April 1964

Von der Möglichkeit einer Annäherung zwischen Moskau und Bonn aufgeschreckt, sucht DDR-Chef Ulbricht die sowjetische Führung auf einen scharfen

Gegenkurs festzulegen. Vor allem bemüht er sich um eine gemeinsame Erklärung des Warschauer Pakts „gegen die revanchistischen Forderungen Bonns“ mit dem Ziel, die westdeutsche Seite mit dem Verlangen nach definitiver Anerkennung der bestehenden Grenzen unter Druck zu setzen. Zugleich sollen Schritte „zur weiteren Durchbrechung der Hallstein-Doktrin“ eingeleitet und eine „Konferenz der vier Mächte zu Fragen der Sicherung des Friedens in Deutschland“ ins Auge gefasst werden. Er selbst wolle Erhard in einem offenen Brief dazu auffordern, „eine Volksabstimmung in beiden deutschen Staaten und in Westberlin gegen die atomare Aufrüstung und für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik“ zu akzeptieren.

14. bis 16. Mai 1964

Nachdem die UdSSR Ulbrichts Vorschläge vom 9. April kühl mit der Erklärung beantwortet hat, dass eine Vier-Mächte-Konferenz auf einen „späteren Zeitpunkt“ verschoben werden solle, und bezüglich der Volksbefragung zu bedenken gegeben hat, Bonn könnte versuchen, auch über freie Wahlen abstimmen zu lassen und darüber eine breite Diskussion zu entfachen, sprechen in Moskau Wladimir Semjonow und Otto Winzer miteinander. Der stellvertretende sowjetische Außenminister sagt zwar eine eingehende Prüfung der Ost-Berliner Wünsche zu, macht aber eindeutig klar, dass der Vorschlag einer Volksabstimmung nicht in Betracht kommt, und lässt sich auch durch den Einwand nicht umstimmen, dass sich damit kein Risiko verbinde, weil die Bundesregierung mit Sicherheit ablehnen würde. Zur Frage der DDR-Anerkennung erklärt er Winzer, die „Politik des gegenseitigen Beispiels“, die von den beiden Großmächten verfolgt werde, sei derzeit wichtiger als die „Anerkennung eines Staates“. Die Forderung nach schärferen Reaktionen auf die westdeutsche Berlin-Politik wies er zurück mit dem Hinweis, es sei nicht zweckmäßig, „ständig offizielle Proteste abzugeben“.

11. Juni 1964

Ein westdeutscher Korrespondent in Moskau erhält auf die Anfrage, ob Chruschtschows Schwiegersohn Aleksej Adshubej die Bundesrepublik besuchen wolle, eine bejahende Antwort, doch könne die Reise erst im kommenden Monat stattfinden.

12. Juni 1964

Die UdSSR schließt mit der DDR einen „Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit“. Dessen Wortlaut und Chruschtschows Stellungnahmen halten daran fest, dass West-Berlin als selbständiges, von der Bundesrepublik getrenntes staatsähnliches Gebilde zu behandeln sei. An baldige Aktionen zur Durchsetzung dieses Standpunkts im Westen ist offensichtlich nicht gedacht.

13. Juni 1964

Chruschtschow empfängt den westdeutschen Botschafter Horst Groepper, der ihn am 4. Juni unter Hinweis auf die am 11. März bekundete Gesprächsbereit-

schaft um einen Termin gebeten hat. Die Erwartung, dass die Bundesregierung nunmehr zu Änderungen ihrer Politik bereit sei, wird abermals enttäuscht. Die von Groepper verlesene Stellungnahme enthält nach wie vor alle von der UdSSR abgelehnten westdeutschen Standpunkte. Chruschtschow lässt seiner Empörung freien Lauf. Eine heftige Verstimmung in Bonn ist die Folge.

16. bis 21. Juni 1964

Chruschtschow weilt zu einem Staatsbesuch in Dänemark.

26. Juni bis 4. Juli 1964

Chruschtschow weilt zu einem Staatsbesuch in Norwegen.

20. Juli bis 1. August 1964

Adshubej bereist die Bundesrepublik. Wenn in den Gesprächen mit Spitzenpolitikern und Wirtschaftsführern die Rede auf die Frage der Wiedervereinigung kommt, weist er darauf hin, dass darüber Verhandlungen mit der DDR geführt werden könnten. Bei den Streitfragen mit der UdSSR stellt er eine pragmatische Behandlung der Probleme in Aussicht. Bei Erhard plädiert er für ein bilaterales Gipfeltreffen, ohne irgendwie von den bisherigen Standpunkten abzurücken.

24. September 1964

Die DDR-Regierung und der West-Berliner Senat schließen das 2. Passierscheinabkommen, das den Einwohnern der westlichen Teilstadt in der Zeit vom 30. September bis 12. Oktober Besuche in Ost-Berlin ermöglicht.

14. Oktober 1964

Chruschtschow wird seiner Ämter enthoben. Leiter des Ministerrates wird Aleksej Kossygin; an die Spitze der KPdSU tritt Leonid Breschnew.

Dokumente

1. Gespräch Chruschtschows mit dem kanadischen Botschafter Arnold Smith am 28. November 1962

Smith bringt gegenüber N. S. Chruschtschow seinen Dank dafür zum Ausdruck, dass er sich bereit erklärt hat, ihn zu einem Gespräch zu empfangen, und sagt, dass er in einigen Tagen für zwei Monate nach Kanada abreisen wird, um sich mit seiner Regierung zu beraten und Urlaub zu machen. Vor der Abreise möchte er gern mit N. S. Chruschtschow die Ansichten über einige Fragen der internationalen Lage und der sowjetisch-kanadischen Beziehungen austauschen, zumal er, der Botschafter, nach der Ankunft in Kanada mit Premierminister Diefenbaker zusammentreffen wird. Der Botschafter sagte weiter, dass die Erfolge, welche die Sowjetunion in der Wirtschaft und beim technischen Fortschritt im Vergleich zu der Zeit seines letzten Aufenthalts in der Sowjetunion errungen hat, ihn nachhaltig beeindruckt haben. Smith erläuterte, dass er während des Krieges als Mitglied der kanadischen Mission in der UdSSR gewesen und im Dezember 1945 von dort abgereist ist. Noch augenfälliger sind seiner Ansicht nach die Veränderungen und Fortschritte, die in psychologischer Hinsicht erreicht wurden. Als er, der Botschafter, zum ersten Mal in der Sowjetunion war, hätten unter den Russen Angst und Misstrauen geherrscht. Jetzt sei diese innere Angst aus dem Leben der sowjetischen Gesellschaft verschwunden. Nach seiner Meinung sind diese Veränderungen in erheblichem Maße dank der Initiative von N. S. Chruschtschow erreicht worden. Da N. S. Chruschtschow so viel unternommen habe, um die Ängste und Verdächtigungen in der sowjetischen Gesellschaft zu beseitigen, kann nach Auffassung des Botschafters sowohl seitens des Westens als auch der Sowjetunion ebenso etwas getan werden, um die auf internationaler Ebene bestehenden Ängste und Gefahren zu beseitigen. Smith sagte weiter, Kanada sei der Initiator für die Schaffung der NATO gewesen, denn es habe 1947 diese Idee vorgeschlagen. Ein ganzes Jahr sei erforderlich gewesen, um die Regierung der Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, dass die Gründung der NATO ihren Interessen entspreche.¹⁷ Kanada verfüge über langjährige Erfahrungen in den Be-

¹⁷ Wie Präsident Roosevelt Stalin Anfang Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta erklärt hatte, wollten sich die USA so wie nach dem Ersten Weltkrieg wieder aus Europa zurückziehen, nachdem der militärische Sieg errungen war. Angesichts der Gefahr, dass nach den 1944/45 von der Roten Armee besetzten Ländern auch die Demokratien im Westen des Kontinents sowie die Westzonen Deutschlands dem Kommunismus anheim fallen würden, entschloss sich die Regierung in Washington zunächst im Juni 1947 zu dem – von Stalin als politische Kriegserklärung betrachteten – Marshall-Plan. Angesichts der nunmehr offen feindseligen Haltung der UdSSR gegenüber Westeuropa, die man dort schon als akute Bedrohung empfand, noch bevor die Konfrontation mit der sowjetischen Blockade West-Berlins den Höhepunkt erreichte, entbrannte in den USA eine Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der traditionellen isolationistischen

ziehungen zu den Vereinigten Staaten. Als Deutschland 1914 den Ersten Weltkrieg entfesselt habe, seien drei Jahre nötig gewesen, um die Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, dass sie zur Verteidigung von Freiheit und Demokratie eingreifen müssten. 1939, als der Zweite Weltkrieg ausbrach, seien zweieinhalb Jahre erforderlich gewesen, bis sich die Vereinigten Staaten darüber klar geworden seien, die gemeinsamen Interessen des Westens zu verteidigen. Daher habe sich Kanada nach dem Zweiten Weltkrieg bemüht, die Vereinigten Staaten von der Notwendigkeit zu überzeugen, den gemeinsamen Interessen der Verteidigung von Freiheit und Demokratie den Vorrang einzuräumen. Dabei habe sich die kanadische Regierung ausschließlich von defensiven Motiven leiten lassen.

Anschließend äußerte der Botschafter die Ansicht, die Überwindung der beiderseitigen Angst und des gegenseitigen Misstrauens in den Beziehungen zwischen Ost und West könne dazu beitragen, die wichtigsten internationalen Probleme zu lösen. Der britische Botschafter [Sir Frank] Roberts habe ihm, Smith, von seinem Gespräch mit N. S. Chruschtschow bei seiner Verabschiedung erzählt. Dieses Gespräch habe sowohl bei Smith als auch bei der kanadischen Regierung die Hoffnung aufkommen lassen, dass ein Fortschritt bei der Lösung der internationalen Probleme erzielt werden könne. Im heutigen Gespräch wolle er zwei Fragen ansprechen, welche die Beziehungen zwischen der UdSSR und Kanada betreffen. Außer um diese zwei Fragen gehe es ihm um den Meinungsaustausch über die wichtigsten internationalen Probleme: die Abrüstung, die Verhinderung eines Überraschungsangriffs, die Einstellung der Kernwaffenversuche [und] das Problem der gegenseitigen Bedrohung in Deutschland. Kanada und die Sowjetunion, sagte der Botschafter weiter, sind Nachbarn, die sowohl in Bezug auf die geographischen und klimatischen Bedingungen als auch auf die von ihnen zu bewältigenden technischen Probleme Vieles gemeinsam haben. Die kanadische Regierung wolle gern gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen der UdSSR und Kanada herstellen und ausbauen. Zugleich sei bei der Lösung von Problemen in den sowjetisch-kanadischen Beziehungen natürlich der Umstand von entscheidender Bedeutung, wie man die wichtigsten internationalen Probleme löse. Daher wolle er, der Botschafter, die Probleme der sowjetisch-kanadischen Beziehungen im Gesamtzusammenhang der wichtigsten internationalen Probleme betrachtet sehen.

Chruschtschow fragt den Botschafter, ob er lieber seine Ansicht zu den grundlegenden internationalen Fragen vortragen oder die Auffassung der sowjetischen Regierung zu diesen Problemen hören möchte.

Orientierung (aufseiten der Republikaner) und den (bei den Demokraten tonangebenden) Verfechtern des Standpunkts, man dürfe nicht so wie 1919 Europa sich selbst überlassen und damit dem Verderben überantworten. Entscheidend dafür, dass die letztere Auffassung sich durchsetzte, war der Entschluss des führenden republikanischen Politikers, Arthur H. Vandenberg, der als Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Beziehungen im Senat eine Schlüsselstellung einnahm, in dieser Frage die demokratische Regierung zu unterstützen. Am 11. Mai 1948 bewog er den Senatsausschuss zur Annahme einer entsprechenden von ihm zusammen mit Außenminister George C. Marshall und dessen Staatssekretär Robert A. Lovett ausgearbeiteten Entschließung. Mit 82 gegen 13 Stimmen nahm der Senat am 11. Juni 1948 die „Vandenberg Resolution“ an, die von da an die Grundlage der amerikanischen Politik bildete und am 4. April 1949 zum Abschluss des Nordatlantikvertrags führte.

Smith sagt, dass er selbstverständlich gern die Meinung N. S. Chruschtschows zu den grundlegenden internationalen Problemen hören möchte. Er, der Botschafter, beabsichtige selbstverständlich, im Gespräch spezielle Fragen der sowjetisch-kanadischen Beziehungen anzusprechen, er wolle aber vor allem die Meinung N. S. Chruschtschows zu Problemen hören wie Abrüstung, Einstellung der Kernwaffenversuche, Regelung der deutschen Frage, Beseitigung der Gefahr eines Überraschungsangriffs und schließlich Behebung der Ursachen der internationalen Spannung.

Chruschtschow sagt, dass er zu Beginn über die innere Lage der Sowjetunion sprechen möchte, weil der Botschafter sie angesprochen hat. Wir sind mit den in unserer Wirtschaft erzielten Erfolgen sehr zufrieden. Das kürzliche Plenum des ZK der KPdSU hat Beschlüsse gefasst, welche die Voraussetzungen für eine noch schnellere Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft schaffen werden. Als seinerzeit der Sieben-Jahr-Plan über die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR verabschiedet wurde, machte man im Westen ein großes Geschrei, dieser Plan sei zum Scheitern verurteilt, dies sei Phantasterei usw. Nunmehr sehen alle dieses „Scheitern“. Möge uns Gott, wie man so sagt, noch mehr von solchem „Scheitern“ geben. Man kann nicht sagen, im Westen seien dumme Leute in eine dumme Lage geraten. Nein, kluge Leute sind in eine dumme Lage geraten. Sie sind so erbot und hassen alles Fortschrittliche so sehr, dass sie das Gewünschte für wahr halten, und sie wollen an einem gesunden Organismus Gebrechen sehen, die es da gar nicht gibt.

Smith bemerkt, er persönlich habe immer Erfolge der sowjetischen Wirtschaft erwartet und sei nunmehr froh darüber, dass die Sowjetunion diese Erfolge erzielt.

Chruschtschow weist darauf hin, dass Churchill den baldigen Untergang der Sowjetmacht prophezeit hat. Jetzt sähen alle, was diese Prophezeiungen taugten. Anschließend geht N. S. Chruschtschow auf die Probleme der sowjetischen Landwirtschaft ein und sagt, dass auf diesem Gebiet seinerzeit große Fehler gemacht worden seien. Diese Fehler seien nicht auf gewisse falsche theoretische Leitlinien zurückzuführen, sondern liegen an Stalins persönlichen Eigenheiten. Stalin hatte kein Verständnis für die Bauern und mochte sie nicht. Die Zeit Lenins und die Zeit Stalins sind absolut verschiedene Perioden. Die Lage zur Zeit Lenins unterschied sich weithin von der Lage danach zur Zeit Stalins. Wenn man die positive Seite Stalins benennen will, kann man sagen, dass er ein treuer Marxist war. Die Methoden, die er anwandte, waren aber für einen Marxisten nicht akzeptabel und fügten unserer Sache großen Schaden zu. W[ladimir] I[ljitsch] Lenin hatte in seinem Testament¹⁸ mit verblüffender Genauigkeit auf alle Charakterzüge Stalins hingewiesen, die dann auf schlimmste Weise zutage getreten sind. Stalins Führungsmethoden unterminierten die Landwirtschaft. Benediktow, der damalige Minister für Landwirtschaft, legte Stalin kurz vor seinem Tod einen

¹⁸ Die kritischen Äußerungen über Stalin in seinem politischen Testament wurden nach seinem Tod vor der Öffentlichkeit verheimlicht.

Bericht vor, in dem die Situation in der Landwirtschaft recht deutlich beleuchtet wurde. Das ließ Stalin aufhorchen, und er schlug die Bildung einer Kommission vor, die Vorschläge zur Verbesserung der Situation in der Landwirtschaft ausarbeiten sollte. Diese Kommission konnte selbstverständlich nicht von Nutzen sein, denn Stalin hätte sich, wenn sie Maßnahmen zur tatsächlichen Verbesserung der Lage in der Landwirtschaft vorgeschlagen hätte, mit diesen Maßnahmen nicht einverstanden erklärt. N. S. Chruschtschow erzählt weiter, dass Stalin ihn zum Vorsitzenden dieser Kommission ernannt habe. Die Kommission legte Stalin schließlich höchst bescheidene Vorschläge zur Prüfung vor, die nicht geeignet waren, die Lage in der Landwirtschaft grundlegend zu verbessern. Stalin hielt aber sogar diese Vorschläge für zu radikal und nahm Ergänzungen vor, die darauf hinausliefen, die Steuern der Bauern zu erhöhen, und zwar bis zu Beträgen, die über den Wert ihrer gesamten damaligen Produktion sogar einschließlich des Stallmists hinausgingen. Das war der Fieberwahn eines Wahnsinnigen. Es ist nicht auszudenken, womit das alles geendet hätte, wenn Stalin nicht der Tod erteilt hätte. Die Kommission gab den Bericht am Samstag bei Stalin ab, am Sonntag wurde er krank und nach drei Tagen starb er.¹⁹ Die Lage in der Landwirtschaft war damals katastrophal. Wir begannen damit, die Lage in Ordnung zu bringen, doch wir konnten uns dieser Aufgabe erst zuwenden, als wir Berija beseitigt hatten.²⁰ Berija war ein Abenteurer und Mörder. Er war kein Kommunist. Er war nicht einmal ein anständiger Mensch. Im Westen hält man freilich alle Kommunisten für unehrenhafte Menschen.

Smith lacht und sagt, dass er einige Kommunisten kenne, die ehrenwerte Leute seien.

Chruschtschow erzählt dem Botschafter, wie sich die Aufgabe, Neuland zu erschließen, ergeben hatte und erfüllt wurde.²¹ Im Westen hätten viele dies als ein Phantasterei abgetan, die sowjetischen Kommunisten verspottet und gesagt, dabei werde nichts herauskommen.

Smith bemerkt, dass es in Kanada ein paar Leute gegeben habe, die sich ähnlichen Spott erlaubt hätten, da Kanada vor ähnlichen Problemen gestanden habe, Neuland zu erschließen, und den Kanadiern seien solche Probleme bekannt.

Chruschtschow fährt fort, das Neuland habe sich nicht nur völlig amortisiert, sondern werfe auch schon Gewinn ab. Bei der Bewältigung eines so großen Problems hätten sich Fehler selbstverständlich nicht vermeiden lassen, doch diese Fehler würden jetzt korrigiert. Zudem sei es so, dass die Methoden Stalins das

¹⁹ Stalin starb am 5. März 1953.

²⁰ Am 26. Juni 1953 wurde Lavrentij Berija von seinen Führungskollegen auf einer Sitzung des ZK-Präsidiums in einer handstreichartigen Aktion verhaftet. Außer den vielen Verbrechen, die er im Zusammenhang mit Stalins terroristischem Vorgehen verübt hatte, wurde ihm – was man für noch schlimmer hielt – „Verrat am Sozialismus“ vorgeworfen. Im Dezember wurde er mit dieser Begründung in einem Geheimprozess zum Tode verurteilt und zusammen mit führenden Geheimpolizeifunktionären aus seinem Umfeld hingerichtet.

²¹ Auf Chruschtschows Anordnung wurden weite Steppengebiete unter den Pflug genommen. In den ersten Jahren gab es hohe Ernteerträge, doch die anschließende Erosion des Bodens führte später zum Misserfolg.

Denken vieler unserer Funktionäre stark geprägt hätten. Sie hätten so lange an der Seite Stalins gearbeitet, dass sie sich unweigerlich an seine Methoden gewöhnt und die Probleme der Landwirtschaft nicht richtig erkannt hätten. Das war auch der Grund, wieso wir nach dem Tod Stalins zunächst recht zaghaft daran gegangen sind, die Fehler in der Landwirtschaft zu beheben, und wir haben dies nicht [etwa] deswegen gemacht, weil wir sie nicht abstellen wollten, sondern deswegen, weil Stalin unser Verständnis von der Landwirtschaft geprägt hat. Das bezieht sich insbesondere auf die Mitarbeiter unserer Planungsorgane, die sich ein derart mechanisches Routinedenken angeeignet hatten, dass sie sich davon nicht sofort befreien konnten. Das Wichtigste, was die Landwirtschaft braucht, sind Technik, Düngemittel, Chemikalien. Kurz gesagt, es werden Kapitalinvestitionen benötigt. In den allernächsten Jahren werden wir die USA einholen und überholen. Denn es ist doch überhaupt kein Geheimnis, warum die USA in ihrer Landwirtschaft solche Erfolge erzielt haben. Wir schätzen [William J.] Hearst sehr,²² doch wir haben Tausende eigener Hearsts. Wieso sind denn unsere Hearsts schlechter als der amerikanische? Die Schlüssel zum Erfolg in der Landwirtschaft haben wir in der Tasche. Diese Schlüssel sind Geld und Kapitalinvestitionen. Wir sind in der Lage, Kapitalinvestitionen in der Landwirtschaft zu tätigen, und daher haben wir keine Zweifel am Erfolg unserer Pläne.

Smith bemerkt, dass nach seiner Ansicht auch die materiellen Anreize und die Motivation der Beschäftigten von großer Wichtigkeit sind.

Chruschtschow stimmt ihm zu und sagt, unser Verständnis von materiellen Anreizen sei unterschiedlich. Im Westen verstehe man das als kapitalistischen Gewinn, bei uns aber als angemessenen Lohn plus moralische Werte. Unser System der materiellen Anreize hat seine Überlegenheit gegenüber dem amerikanischen System am Beispiel der Entwicklung der Rakettenindustrie bewiesen. Auf diesem Gebiet haben wir die Vereinigten Staaten überholt. Als wir unseren ersten Sputnik starteten,²³ behaupteten die Amerikaner tatsächlich, sie würden uns in fünf Jahren eingeholt haben. Nun sind aber schon fünf Jahre vergangen, und die Amerikaner haben uns trotzdem nicht eingeholt. Man muss darauf hinweisen, dass der heutige Kapitalismus nicht mehr das ist, was er einst bei seiner Geburt war.²⁴ Damals war der Kapitalist zugleich auch Organisator der Produktion. Heute aber ist der Kapitalismus zum Monopolkapitalismus geworden. Die Besitzer der Produktionsmittel sind nicht mehr die Organisatoren der Produktion. Sie beauftragen damit Leute, die als Lohnarbeiter die Produktion organisieren. In dieser Hinsicht gibt es eine gewisse Ähnlichkeit zwischen der sozialistischen und der kapitalistischen Gesellschaft. In der sozialistischen Gesellschaft wird ein Teil

²² William J. Hearst war ein sehr bekannter und erfolgreicher amerikanischer Viehhalter, den Chruschtschow während seines USA-Aufenthalts im September 1959 in Iowa besuchte und von dessen Großbetrieb er außerordentlich beeindruckt war.

²³ Im Oktober 1957 schickte die UdSSR den ersten Erdsatelliten ins All.

²⁴ Nach der marxistisch-leninistischen Doktrin verkörperte der Kapitalismus, als er die Feudalordnung ablöste, den Fortschritt der Menschheit. Als dann jedoch der Sozialismus aufgekommen sei, habe dieser die Rolle des fortschrittlichen Systems übernommen und den Kapitalismus zur rück-schrittlichen Kraft gemacht.

der Mitglieder der Gesellschaft für die Organisation der Produktion abgestellt und erhält dafür einen angemessenen Lohn. Wir haben aber ein höheres Niveau der Organisation der Produktion. Eben deswegen haben wir die Vereinigten Staaten bei der Entwicklung der Verteidigungstechnik überholt.

Smith sagt, es wäre besser, der Landwirtschaft größere Aufmerksamkeit zu schenken und dafür die Ausgaben für die Rüstungsausgaben zu reduzieren.

Chruschtschow stimmt ihm zu und spricht weiter über die Beschlüsse des Plenums des ZK der KPdSU. Die Beschlüsse des Plenums geben uns eine bessere Möglichkeit, die Parteikader und alle Arbeitskräftressourcen vernünftig einzusetzen. In der Sowjetunion ist auch auf dem Gebiet der weiteren Demokratisierung des gesamten Lebens in unserem Land viel getan worden, d. h. die Werktätigen werden in größerem Ausmaß in die Leitung des Staates einbezogen, die Rolle der gesellschaftlichen Organisationen im Land ist noch mehr gestärkt worden.

Im Westen prophezeit man jetzt, dass Bildung, der wirtschaftliche Fortschritt und die Demokratisierung zum Zusammenbruch der sowjetischen Gesellschaft führen werden und dass wir uns selbst das Grab schaufeln. Aber nur Wahnsinnige können darauf hoffen. Wenn man im Westen da von einer „Gefahr“ spricht, werden wir auf eine „solche Gefahr“ noch schneller zugehen, wir werden die kommunistische Gesellschaft aufbauen. Das ist unser höchstes Ideal. Wenn man im Westen so dumm ist, dass man das nicht begreift, ist das möglicherweise für uns sogar von Vorteil. Je dümmer unsere Gegner sind, desto besser für uns.

Smith bemerkt, dass im Westen nicht alle so dumm sind.

Chruschtschow sagt, er bedauert den Tod von Dulles, da Dulles ein kluger Gegner war. Deswegen habe er, bemerkt N. S. Chruschtschow scherzhaft, den Minister für Auswärtige Angelegenheiten, A[ndrej] A. Gromyko, angewiesen, nach Washington zu reisen und Dulles die letzte Ehre zu erweisen.

Smith gibt der Hoffnung Ausdruck, dass sich der Demokratisierungsprozess in der Sowjetunion fortsetzen möge.

Chruschtschow antwortet, dass Sozialismus und Demokratie nicht voneinander zu trennen sind.²⁵

Smith äußert die Ansicht, in dem Maße, wie sich die sozialistische Gesellschaft bei gleichzeitiger Liberalisierung weiter festigen werde, würden sich der Sozialismus und der Kapitalismus einander immer mehr annähern. Er, *Smith*, sei in dieser Hinsicht Optimist.

Chruschtschow sagt, eine Annäherung werde zweifellos stattfinden, aber nicht in der Weise, wie der Botschafter es verstehe. Die Sache sei die, dass die Westmächte und ihre führenden Politiker jetzt gezwungen seien, in ihrer Politik die Exis-

²⁵ Nach marxistisch-leninistischer Auffassung hatte der Sozialismus prinzipiell in jedem Fall als die bessere, vollkommeneren Demokratie zu gelten, denn, wie es hieß, bestimmte auf seiner Basis das arbeitende Volk nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen Verhältnisse.

tenz der sozialistischen Länder zu berücksichtigen. Der amerikanische Präsident Kennedy sei ein sehr geschickter Demagoge. Er formuliere seine Reden sehr geschickt und spiele mit dem Volk. In seiner Wahlkampfreden habe er soziale Fragen aufgegriffen, die weite Teile des amerikanischen Volkes interessieren. Er könne diese Fragen natürlich nicht lösen und werde sie auch nicht lösen, sei jedoch gezwungen, sie als Köder für das Volk einzusetzen. N. S. Chruschtschow ergänzte, dass er, wenn er Kennedy als einen Demagogen bezeichne, dies nicht in einem schlechten Sinne meine. Und überhaupt ist dies nicht für die Presse bestimmt.

Smith sichert N. S. Chruschtschow zu, dass er den Vertretern der Presse nichts davon mitteilen werde.

Chruschtschow geht sodann zu Fragen der internationalen Lage über. Der Abschluss eines deutschen Friedensvertrages²⁶ stellt das wichtigste internationale Problem dar. Wenn der Friedensvertrag abgeschlossen sein wird, sind damit die Quelle der Spannungen in Europa und die Gefährdung des Friedens beseitigt. Dieses Problem ist künstlich geschaffen worden von jenen, die an der Aufrechterhaltung der Spannungen und an der Aufrechterhaltung der Gefährdung des Friedens interessiert sind. Sehen wir uns an, wer an der Aufrechterhaltung dieser anomalen Lage in Deutschland interessiert ist. Es ist nicht Kanada und auch nicht England, nicht einmal die USA sind es. Es sind Adenauer und de Gaulle. Kanada, England und die Vereinigten Staaten von Amerika unterstützen zwar offiziell Adenauer und de Gaulle, aber je lauter sie das verkünden, desto überzeugender beweisen sie damit, dass sie diese gar nicht unterstützen wollen. Man fragt sich, warum denn Adenauer und de Gaulle gegen den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland sind? Adenauer ist der Führer der revanchistischen, aggressiven und militaristischen Kräfte Westdeutschlands. Die Revanchisten reden bisher noch nicht von der Revision der Grenzen. Sie reden jetzt von der Wiedervereinigung Deutschlands, worunter sie die Einverleibung der DDR verstehen. Für sie ist das die erste Etappe. Die zweite Etappe wird in der Forderung nach einer Revision der Grenzen Deutschlands bestehen,²⁷ und in der dritten Etappe werden sie versuchen, die Weltherrschaft zu erringen. Zwischen Hitler und Adenauer gibt es im Grunde genommen keinen Unterschied. Es sind nur zwei verschiedene Arten von Nazis, die unterschiedlichen Epochen angehören. Aber sowohl der eine als auch der andere repräsentiert die nazistischen revanchistischen Kräfte.

De Gaulle wendet sich gleichfalls gegen einen Friedensvertrag mit Deutschland, wenn auch aus anderen Gründen. Seine Haltung erklärt sich aus seinem Größenwahn. Frankreich für sich allein bietet ihm nicht die Möglichkeit, so eine Größe zu erreichen. Er fürchtet sich vor Deutschland und will keine Wiederver-

²⁶ Seit November 1958 forderte Chruščëv einen Friedensvertrag mit Deutschland, das heißt mit beiden Staaten, der die Besatzungsrechte, vor allem das Recht der Westmächte auf Präsenz in West-Berlin und auf den Zugang dorthin, aufheben würde. West-Berlin sollte auf dieser Grundlage den Status einer „Freien Stadt“ erhalten, die jedoch faktisch – vor allem aufgrund der Kontrolle ihrer Zugangswege seitens der DDR – völlig von der DDR abhängig sein würde.

²⁷ Gemeint ist insbesondere die Inbesitznahme der Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße, deren Annexion durch die UdSSR und Polen Stalin 1945 verfügte.

einigung Deutschlands.²⁸ Gleichzeitig will de Gaulle aber, weil er an Größenwahn leidet, seine Träume mit der Hilfe Westdeutschlands verwirklichen. Er kann das nicht erreichen, wenn er sich nur auf die Ressourcen Frankreichs stützt und weiter nur französischer Präsident bleibt. Als erste Etappe auf dem Weg zur Größe möchte er die Führungsrolle in Europa übernehmen und danach die Führungsrolle in der ganzen Welt. Zu diesem Zweck will de Gaulle Westdeutschland und Adenauer an Frankreich binden. Aber wie kann er das machen? Nur über den Kampf gegen einen Friedensvertrag mit Deutschland. Der Kampf gegen einen Friedensvertrag ist das Kettenglied, welches de Gaulle und Adenauer verbindet. Zugleich aber will de Gaulle keinen Krieg entfesseln. De Gaulle versteht, das Ergebnis dieses Krieges wäre die Zerstörung sowohl Frankreichs als auch Deutschlands.

Danach sagt N. S. Chruschtschow, dass sich Adenauer jetzt über die „Standfestigkeit“ freue, welche die Vereinigten Staaten in der Kuba-Frage gezeigt hätten. Aber Adenauer sollte sich vielleicht nicht über diese „Standfestigkeit“ und über den Abzug der sowjetischen Raketen von Kuba freuen. Denn diese Raketen werden in Europa gegen Adenauer aufgestellt werden. Die 42 Raketen, die von Kuba abgezogen worden sind, sind mehr als genug, um Westdeutschland zu vernichten, falls die Imperialisten einen Krieg entfesseln sollten, und für Frankreich bleibt dann auch noch etwas übrig.

Die Vereinigten Staaten, England, Kanada und andere Mitgliedsländer der NATO unterstützen jetzt Adenauer, aber nicht deswegen, weil das ihren Interessen entspricht, sondern deswegen, weil sie sich Westdeutschland erhalten wollen als militärische Faust, als starke Militärmacht, die sich dann zum Kampf gegen die Sowjetunion einsetzen lässt. In einem gewissen Sinne sind diese Staaten jetzt in die Abhängigkeit von Westdeutschland geraten, weil sie es an sich binden wollen. Im Kriegsfall wollen sie dann mit dem Blut der Deutschen bezahlen.

Ein Friedensvertrag mit Deutschland verschafft der Sowjetunion keinerlei Vorteile. Dabei verliert und gewinnt niemand etwas. Welche Vorteile hätte denn eigentlich die Sowjetunion von dem Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland? Wir wollen lediglich den Stand der Dinge, so wie er sich entwickelt hat, festschreiben. Das Vernünftigste wäre, dies in eine juristische Form zu fassen und den bestehenden Stand der Dinge zu legitimieren. Wie Kennedy gesagt hat, haben frühere Regierungen uns als Erbe das Problem West-Berlin hinterlassen. Wir haben lange darüber nachgedacht, wie das Problem West-Berlin zu lösen ist. Unter juristischem Gesichtspunkt wäre es logisch, West-Berlin als eigenständige Einheit aufzulösen und es in den Bestand der DDR aufzunehmen, weil es sich im Zentrum der DDR auf seinem Territorium befindet. Doch wir haben vorausgesehen, dass es in so einem Fall Schwierigkeiten geben wird. Eine Schwierigkeit würde darin bestehen, dass West-Berlin eine kapitalistische Ordnung besitzt, und im Falle der Einbeziehung in die DDR müsste diese kapitalistische Ordnung beseitigt werden. Aber wir wollen keinen Landerwerb. Wir wollen West-Berlin nicht in die DDR eingliedern. Wir brauchen das nicht. Denn das würde nicht das

²⁸ Im Gespräch mit Chruščëv am 25. März 1960 äußerte sich der französische Staatspräsident anders, siehe Dokument Nr. 26 in Band 2 (S. 307–323, hier S. 315–317, 318, 321, 322).

Kräfteverhältnis zwischen Ost und West verändern, aber das Ansehen der sozialistischen Länder in den Augen der Weltöffentlichkeit mindern. Eben aus diesem Grund haben wir vorgeschlagen, West-Berlin in eine Freie Stadt zu verwandeln. Der kanadischen Regierung ist sicher bekannt, dass die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten Verhandlungen über die deutsche Frage führen.²⁹ Zu fast allen Fragen wurden bereits Übereinkünfte erzielt. Zur Frage West-Berlins ist sozusagen eine halbe Übereinkunft erzielt worden. Nur in einem Punkt ist es nicht gelungen, sich zu einigen, und zwar im Hinblick auf den Verbleib der Truppen der Westmächte in West-Berlin. Die Sowjetunion hat in dieser Frage Zugeständnisse gemacht und sich mit einer befristeten Präsenz von Streitkräften der Organisation der Vereinten Nationen in West-Berlin einverstanden erklärt. Jetzt sind wir mit den Amerikanern nicht darüber verschiedener Ansicht, ob in West-Berlin Truppen verbleiben sollen, sondern darüber, wessen Truppen dort verbleiben sollen. Es geht um die nationale Zugehörigkeit der Truppen, die befristet in West-Berlin stationiert werden.³⁰ Wir haben diese Frage gründlich geprüft, und wir wissen nicht, was sich noch vorschlagen ließe, um das West-Berlin-Problem zu lösen. Denn was wir vorschlagen, ist der vernünftigste Ausweg aus der bestehenden Lage.

Smith fragt, was mit befristeter Stationierung von Truppen in West-Berlin gemeint ist. Die Interpretation dieser Frage bereitet im Westen Schwierigkeiten. Wie stellt sich die sowjetische Regierung den befristeten Verbleib von Truppen in West-Berlin konkret vor? Um welche Frist handelt es sich? Wenn man im Westen darüber spricht, sagte der Botschafter weiter, dass West-Berlin von großer strategischer Bedeutung ist, so ist nicht die Stadt an sich gemeint. Es geht darum, dass die NATO-Mitgliedsländer seinerzeit die feierliche Verpflichtung eingegangen sind, die Freiheit der Bevölkerung West-Berlins zu verteidigen. Wenn sich die Westmächte jetzt von den Garantien lossagten, die sie der Bevölkerung West-Berlins gegeben haben, werde das ihrer Position großen psychologischen Schaden zufügen. Westdeutschland und viele andere Länder würden das Vertrauen in die Entschlossenheit der Westmächte verlieren, ihre Freiheit zu verteidigen und die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.³¹ Eben darin bestehe für die Westmächte die große strategische Bedeutung West-Berlins.

Chruschtschow fragt *Smith*, gegen wen die Westmächte die Bevölkerung West-Berlins verteidigen wollten.

Smith antwortet: gegen Ulbricht.

²⁹ Obwohl in den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen von Herbst 1961 bis Herbst 1962 in den entscheidenden Fragen keinerlei Annäherung erzielt worden war und das, was die UdSSR anbot, sich bei näherer Betrachtung als faktisch bedeutungslos erwiesen hatte, hielt Präsident Kennedy an der Absicht fest, eine Übereinkunft zu erzielen.

³⁰ Am Rand der Seite befindet sich eine nicht lesbare handschriftliche Einfügung.

³¹ Nicht nur für die Bundesrepublik, sondern für die westeuropäischen NATO-Staaten insgesamt war die Verteidigung der Freiheit West-Berlins das Unterpfand dafür, dass die amerikanischen Verbündeten, vor allem die USA, unter allen Umständen und in der dann erforderlichen Weise für sie gegen die vonseiten der UdSSR drohende Gefahr eintreten würden. Hätte diese Erwartung ihre Rechtfertigung verloren, wäre der atlantischen Allianz die Grundlage entzogen worden.

Chruschtschow sagt, man müsse doch seine Haltung nicht auf eigene Schlussfolgerungen, sondern auf reale Fakten gründen. Ich kann mir doch beispielsweise einbilden, fährt N. S. Chruschtschow fort, dass Botschafter Smith mich angreifen will. Was nun, soll ich mich auf den Botschafter stürzen und ihn würgen? Angeblich hat sich der japanische Kaiser einmal plötzlich auf den französischen Botschafter gestürzt und ihn gewürgt. Es heißt auch, dass der Kaiser wahnsinnig gewesen sei. Die Staaten sollten aber ihre Politik nicht auf Prinzipien aufbauen, von denen sich Wahnsinnige leiten lassen.

Smith lacht und erklärt sich damit einverstanden.

Chruschtschow weist darauf hin, dass die Sowjetunion vorgeschlagen hat, West-Berlin zu einer Freien Stadt zu machen, und sich damit einverstanden erklärt hat, den freien Zugang und die Freiheit ihrer Verbindungen zu allen Staaten zu garantieren.³² Der fehlende Wille der Westmächte, ihre Haltung in Bezug auf die Stationierung ihrer Truppen in West-Berlin aufzugeben, führt unweigerlich zu dem Gedanken, dass sie das in böser Absicht tun. Denn das ist die einzige Frage, bei der wir jetzt aneinandergeraten und die zum Konflikt führen kann. Warum wollen die Westmächte West-Berlin als ihre Militärbasis behalten? Warum wollen sie die jetzige anomale Lage nicht beseitigen? Wäre es denn nicht vernünftig, das Hauptquartier der UNO nach West-Berlin zu verlegen?³³ Denn dies wäre wohl eine sehr gute Garantie für die Freiheit und Unabhängigkeit West-Berlins.

Die deutsche Frage ist zwar nicht direkt mit der Abrüstungsfrage verknüpft, doch solange die deutsche Frage nicht gelöst ist, so lange wird man auch keine greifbaren Ergebnisse beim Abrüstungsproblem erzielen. Es ist doch so, wenn wir an die deutsche Frage denken, denken wir vor allem an die Streitkräfte der zwei Lager, die sich dort gegenüberstehen. Wer wird sich aber damit einverstanden erklären, unter [solchen] Bedingungen abzurüsten, wenn die deutsche Frage nicht entschieden ist, wenn die Waffen noch gebraucht werden könnten? Welcher Dummkopf kann sich damit einverstanden erklären?

Gegen einen deutschen Friedensvertrag und gegen die Normalisierung der Lage in West-Berlin wenden sich nur Leute, die an der Aufrechterhaltung der Spannungen interessiert sind und die keine Abrüstung wollen. Falls im Westen einige Leute hoffen, dass die Sowjetunion nach der Kuba-Krise ihre Entschlossenheit aufgibt, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen und die Lage in West-Berlin zu normalisieren, dann kennen sie uns schlecht. Deutschland ist nicht Kuba. Im Verlauf der Kuba-Krise wurde ein vernünftiges Abkommen erzielt. Wir haben die Verpflichtungen erfüllt, die wir eingegangen sind. Falls die andere Seite die Verpflichtungen nicht erfüllt, die sie übernommen hat, kann uns

³² Die UdSSR war zwar bereit, sich an einer vertraglichen Garantie zu beteiligen, die West-Berlin das Recht zum Verkehr mit allen Ländern zubilligte, bestand aber auf einer durch nichts eingeschränkten freien Verfügung der DDR über ihr gesamtes Territorium, mithin auch über die West-Berliner Zugangswege. Wie beides miteinander in Übereinstimmung gebracht werden sollte, blieb offen, weil bindende Festlegungen für die DDR abgelehnt wurden.

³³ Das war einer der Vorschläge, die Chruschtschow unterbreitete, welche die Präsenz der Westmächte in West-Berlin als unnötig erscheinen lassen. Stets kam es ihm darauf an, der DDR die Möglichkeit zu geben, West-Berlin aufgrund ihrer geographisch beherrschenden Position unter Druck zu setzen, ohne dass sich daraus ein direkter Konflikt mit den USA entwickelte.

das in eine höchst unangenehme Lage zurückversetzen. Ist es denn etwa von Bedeutung, an welchem Ort die Raketen stehen? Eine Umstellung der Plätze von Summanden ändert an der Gesamtsumme nichts. Alle Raketen sind auf ein Ziel gerichtet unabhängig davon, ob sie auf Kuba oder auf unserem Territorium stationiert sind.³⁴ Von einem beliebigen Punkt aus erreichen sie das Ziel mit dem gleichen Erfolg. Die Amerikaner haben Polaris-Raketen und U-Boote mit Atomtrieb. Solche Raketen werden bei uns anders genannt, aber das ändert nichts an ihrer Bestimmung. Wir haben auch Atom-U-Boote.³⁵ Während der Kuba-Krise befanden sich diese Boote unweit der Küste der Vereinigten Staaten, und man kann mit Sicherheit sagen, dass sie nicht dort waren, um Thunfisch zu fangen. Amerikanische Kriegsschiffe haben einige dieser Boote bemerkt. Alles das ist keine Drohung, aber man muss die Lage der Dinge realistisch einschätzen.

Smith fragt, ob er den britischen Botschafter Roberts richtig verstanden habe, dass N. S. Chruschtschow im Gespräch mit letzterem gesagt habe, die sowjetische Regierung wäre mit der Stationierung von englischen, amerikanischen und französischen Truppen einverstanden, wenn sie nicht als Besatzungstruppen bezeichnet werden würden, sondern dort unter der Flagge der UNO stünden.

Chruschtschow antwortet, dass A. Smith Roberts vielleicht richtig verstanden habe, doch er, Chruschtschow, habe das nie zu Roberts gesagt. Die Sowjetunion hat in Bezug auf West-Berlin einige Varianten vorgeschlagen. Sie hat vorgeschlagen, dort befristet gemischte Truppen zu belassen und in diese Truppen neben den Truppen der Westmächte auch sowjetische Streitkräfte aufzunehmen. Die andere von uns vorgeschlagene Variante sah vor, in West-Berlin Truppen sowohl sozialistischer als auch nicht-sozialistischer Länder unter der Flagge der UNO zu stationieren. Wir haben auch die Möglichkeit zugestanden, in West-Berlin Truppen neutraler Staaten unter der Flagge der Organisation der Vereinten Nationen zu stationieren. Anschließend erzählt N. S. Chruschtschow *Smith*, dass er kürzlich im Gespräch mit dem Präsidenten der amerikanischen Firma Westinghouse Electric, [William E.] Knox, von diesem gefragt wurde, warum sich denn die Sowjetunion nicht mit der Stationierung von Truppen Indiens, Pakistans und anderer neutraler Staaten einverstanden erkläre? Wir antworteten Knox: Wir sind damit einverstanden, er solle aber seinen ihm schon seit 25 Jahren bekannten

³⁴ Das traf zwar insoweit zu, als sich die nukleare Vernichtungskraft der UdSSR nicht änderte, doch war es ein entscheidender Unterschied, ob Raketen, über welche die Sowjetunion verfügte, nur Länder auf dem eurasischen Kontinent, namentlich Westeuropa, bedrohten, oder sich gegen die USA richteten. Der Tatbestand, dass die UdSSR fast ausschließlich Mittelstreckenraketen besaß, die Nordamerika nicht zu erreichen vermochten und daher im global-strategischen Kräfteverhältnis nicht zählten, hatte Chruschtschow zur Stationierung seiner Nuklearsysteme auf Kuba veranlasst. Wie er im Spätsommer und Herbst wiederholt zu erkennen gegeben hatte, verband er damit die Erwartung, dass er die Regierung in Washington dann mit Hilfe der dadurch gewonnenen Bedrohungskapazität unter Druck setzen und zum Nachgeben in der Berlin-Frage nötigen könne. Auf diese Aussicht musste er verzichten, als er sich während der Kuba-Krise zum Rückzug seiner Mittelstreckenraketen veranlasst sah.

³⁵ Die mit Nuklearwaffen ausgerüsteten sowjetischen U-Boote beeindruckten mit ihrer Quantität wie Qualität die USA kaum und bildeten kein Gegengewicht gegen das global-strategische Arsenal der Amerikaner. In dem Bewusstsein, die weit schwächere Seite zu sein, hatte Chruschtschow in der Kuba-Krise nachgegeben, und das war auch der Grund für die forcierte sowjetische Nuklearrüstung in der folgenden Zeit.

Freund Dean Rusk³⁶ dazu überreden, dass er sich damit einverstanden erklärt. Das Beispiel von Knox zeigt, dass alle vernünftigen Leute verstehen, dass unsere Vorschläge in Bezug auf West-Berlin vernünftig sind, und sie nicht begreifen können, wovor sich die Westmächte fürchten, warum sie sich nicht mit der Stationierung von UNO-Truppen in West-Berlin einverstanden erklären. Man könnte dort schweizerische und schwedische Truppen und Truppen anderer Staaten stationieren. Darüber könnte man sich leicht verständigen.

Wovor fürchten sich die Westmächte? Die Sowjetunion braucht West-Berlin nicht. Wozu, zum Teufel, brauchen wir 2 Mio. West-Berliner? Unser Bevölkerungszuwachs beträgt jährlich 3,5 Mio. Menschen, und China fügt zu seiner Bevölkerung jährlich 16 bis 17 Mio. Menschen hinzu. West-Berlin ist auch im Hinblick auf das wirtschaftliche Potenzial für uns ohne Wert. Allein unsere jährliche Zuwachsrate der Industrieproduktion übersteigt um ein Vielfaches sein gesamtes Potenzial. West-Berlin verbleibt jetzt als einziger unmittelbarer Berührungspunkt [im Verhältnis zwischen Ost und West]. Wenn das Besatzungsregime in West-Berlin beseitigt wird, werden wir keine weiteren derartigen Berührungspunkte mehr haben, die zum Konflikt führen könnten. Es bleiben nur die ideologischen Differenzen übrig, doch Ideen brodeln in den Köpfen der Menschen. Sie können nicht als Basis für Konflikte dienen. Die Lösung dieses Problems würde die Atmosphäre reinigen, so dass man an die Lösung der Abrüstungsprobleme gehen könnte. Das Kuba-Problem befindet sich jetzt auf dem Weg der Regelung. Die Wahlen in den Vereinigten Staaten sind vorbei.³⁷ Deswegen wird die sowjetische Regierung die Frage der Regelung des deutschen Problems auf den Tisch bringen und den Friedensvertrag mit Deutschland einseitig abschließen, falls die Westmächte unsere vernünftigen Vorschläge dennoch ablehnen sollten.³⁸ Sicher wird das erneut zu einer Temperaturerhöhung führen, und keiner kann sagen, bis zu welcher Grenze die Temperatur ansteigen wird. Man spricht [im Westen] von Standfestigkeit, aber man muss auch daran denken, dass die Standfestigkeit einer Seite unweigerlich die Standfestigkeit der anderen Seite hervorruft.

Smith stimmt diesen Worten zu.

Chruschtschow fährt fort, dass ein Beispiel noch nichts darüber aussagt, ob man es an anderer Stelle wiederholen kann. Jeder, der sich auch nur einigermaßen in der Militärstrategie auskennt, begreift, dass Kuba für die Sowjetunion nicht als Militärbasis für eine Invasion in die Vereinigten Staaten dienen konnte und nicht dienen kann, allein schon deswegen, weil es 6500 Meilen von der Sowjetunion entfernt ist. Die Raketen, die von der Sowjetunion auf Kuba stationiert worden

³⁶ Außenminister der USA.

³⁷ Anfang November 1961 hatten in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und zum Senat stattgefunden.

³⁸ Chrusčëv hatte seit Sommer 1959 wiederholt den einseitigen Abschluss des Friedensvertrags, gegebenenfalls allein mit der DDR, angedroht. Die Westmächte erklärten daraufhin stets, dass dies der UdSSR prinzipiell frei stehe. Dabei könnte sie freilich nicht über westliche Rechte verfügen. Demnach durfte sie genau das nicht tun, worauf es ihr ankam. Da die Westmächte diesen Vorbehalt mit der Erklärung verbanden, dass sie sich in diesem Fall mit allen Mitteln zur Wehr setzen würden, entschloss sich Chrusčëv nie dazu, mit seiner Drohung Ernst zu machen.

waren, waren, um die Terminologie von Dulles zu benutzen, nur ein Instrument der Abschreckung. Sie waren dazu bestimmt, eine Invasion Kubas durch die Vereinigten Staaten zu verhindern. Sie waren eine Art Spaten, mit dessen Hilfe den Vereinigten Staaten das Grab gegraben werden sollte für den Fall, dass sie den Entschluss gefasst hätten, uns das Grab zu graben. Solche Spaten haben jetzt beide Seiten.

Smith stimmt zu und fragt, zu welchem Zweck wir uns denn gegenseitig das Grab graben sollten?

Chruschtschow antwortet, dass wir den Westmächten genau diese Frage stellen. Gebe Gott, dass wir unsere Spaten zerbrechen und wegwerfen können.

Smith äußert die Ansicht, dass die West-Berlin-Frage vor allem eine Frage des Vertrauens ist. Wäre es nicht zweckmäßig, sich über die Aufrechterhaltung des Status quo oder über eine Regelung von der Art zu verständigen, bei der keiner Schaden nimmt?

Chruschtschow macht klar, dass der Status quo dazu ganz und gar nicht geeignet ist. Was würde die Aufrechterhaltung des Status quo bedeuten? Das würde bedeuten, die anomale Lage und die Überreste des Zweiten Weltkrieges aufrechtzuerhalten. Was könnte vernünftiger sein als unsere Vorschläge? Es gibt Westdeutschland. Man muss seine Grenzen festschreiben und mit ihm einen Friedensvertrag abschließen. Es gibt die DDR: Man muss auch die Grenzen der DDR festschreiben, indem man mit ihr einen Friedensvertrag abschließt. Es gibt West-Berlin: Man muss seine Position festschreiben, indem man es in eine unabhängige Freie Stadt umwandelt. Und danach müssen beide Deutschlands und West-Berlin in die UNO aufgenommen werden.³⁹

Smith sagt, nach seiner Ansicht ließen sich die Grenzfragen relativ leicht entscheiden. Die Hauptschwierigkeit bestehe darin, das Problem der Garantien für den freien Zugang nach West-Berlin zu lösen. Der Botschafter weist darauf hin, dass Kanada darum bemüht ist, an der Lösung des deutschen Problems mitzuwirken, und dafür die Konsultationen nutzt, die zwischen den NATO-Mitgliedsländern ziemlich oft stattfinden und an denen sich Kanada beteiligt.

Chruschtschow erinnert an sein Gespräch mit [Paul-Henri] Spaak und bemerkt, dass die Regierung Belgiens allem Anschein nach bereit wäre, an der Lösung dieses Problems mitzuwirken.⁴⁰ Italien befinde sich ebenfalls auf dem Weg zu einer vernünftigen Haltung in dieser Frage. [Harold] Macmillan ist ein vernünftiger Mann, denkt aber leider eines und sagt etwas anderes.⁴¹ Die englischen Labour-Politiker unterstützen jedoch in bedeutendem Ausmaß die sowjetischen Vor-

³⁹ Der letzte Satz ist handschriftlich eingefügt.

⁴⁰ Dieses Gespräch fand am 19. September 1961 statt. Zum Inhalt siehe die Wiedergabe des sowjetischen Protokolls in Band 3 auf S. 446–470.

⁴¹ Mit dieser Bemerkung spielte Chruschtschow darauf an, dass der britische Premierminister zwar persönlich zum Nachgeben bereit war, aber mit Rücksicht auf die Verbündeten, vor allem die USA, ihrer ablehnenden Haltung zustimmte.

schläge.⁴² Holland, Norwegen, Dänemark, Island gerieten durch ein Missverständnis in die NATO und sie wären über eine Regelung des deutschen Problems froh. Gegen eine Regelung wenden sich Westdeutschland und Frankreich. Sie werden von den Vereinigten Staaten unterstützt, die das aus Gründen ihres internationalen Prestiges tun. Die anderen NATO-Länder unterstützen ihre Verbündeten. Träten sie jedoch mit größerer Entschiedenheit für eine friedliche Regelung des deutschen Problems ein, würden wohl kaum ihre Regierungschefs darüber Streit beginnen. Mit dem Vorschlag, einen Friedensvertrag mit Deutschland zu unterzeichnen, bieten wir an, dieses Problem zu lösen, ohne dem Prestige einer der Seiten Schaden zuzufügen. Wenn der Friedensvertrag die Grundlage der Regelung bildet, werden bei einer derartigen Normalisierung der Lage das Prestige und die moralische Autorität weder bei den Westmächten noch bei der Sowjetunion Schaden nehmen.

Smith sagt, dass die kanadische Regierung die Existenz von zwei Deutschlands de facto anerkennt und nicht beabsichtigt, diesen Tatbestand mit Gewalt zu ändern. Gehe es jedoch darum, mit der DDR einen Friedensvertrag abzuschließen, entstehe für die Westmächte das Problem, über das er bereits gesprochen habe, nämlich das Problem des Vertrauens der West-Berliner und der Bevölkerung der anderen Westmächte in die Garantien der NATO. Die Westmächte hätten seinerzeit zusammen mit der Sowjetunion erklärt, dass ihr Ziel in der Wiedervereinigung Deutschlands bestehe. Wie könnten denn die Westmächte jetzt darauf eingehen, die DDR anzuerkennen?

Chruschtschow antwortet, dass die Wiedervereinigung Deutschlands eine Angelegenheit des deutschen Volkes ist und dass die Deutschen sie [diese Frage] selbst lösen müssen.⁴³ Was die Westmächte betrifft, so hat sich Churchill zu Beginn des Krieges dafür ausgesprochen, Deutschland aufzuteilen.⁴⁴

Smith ist damit einverstanden und fügt hinzu, die Amerikaner hätten gleichzeitig ihren Plan, den Morgenthau-Plan, zur Aufteilung Deutschlands vorgelegt. Dieser Plan wäre angenommen worden, wenn sich nicht Stalin gegen eine Aufteilung Deutschlands gewendet hätte.⁴⁵

⁴² Chrusčëv konnte sich dabei auf seinen Gedankenaustausch berufen nicht nur mit Vertretern des linken Flügels, Conny Zilliacus und Tom Driberg, sondern auch mit dem „Außenminister“ im Labour-Schattenkabinett, Harold Wilson. Als dieser freilich, inzwischen Parteivorsitzender, 1964 die Wahlen zum Unterhaus gewonnen hatte und Premierminister geworden war, setzte er die bisherige Politik fort.

⁴³ Seit der Pariser Außenministerkonferenz der Vier Mächte im Sommer 1949 vertrat die UdSSR stets den Standpunkt, dass sich die Behörden bzw. Regierungen Ost- und Westdeutschlands über den Zusammenschluss einigen müssten.

⁴⁴ Diesen Standpunkt hatte der britische Premierminister auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 revidiert und war gegenüber Stalin, der damals noch am Ziel der staatlichen Zerstückelung festhielt, für die Behandlung des in Besetzungszonen aufgeteilten Landes als Einheit eingetreten.

⁴⁵ Der im August 1944 formulierte Plan des amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau, der außer der staatlichen Zerstückelung Deutschlands auch dessen Umwandlung in ein de-industrialisiertes Agrarland vorsah, war in Washington von Anfang an heftig umstritten und wurde niemals amtliche Politik, denn sogar Präsident Franklin D. Roosevelt, der für einen harten Kurs eintrat, akzeptierte ihn nicht. Auf der Konferenz in Jalta im Februar 1945 vertrat er wie Churchill gegenüber Stalin die Ansicht, Deutschland solle nach seiner Besetzung als Einheit behandelt werden. Stalin änderte seine Deutschland-Politik Ende März 1945, als er dem sowjetischen Vertreter

Chruschtschow sagt, dass Stalin natürlich eine Dummheit gemacht hat. Offensichtlich war er gegen eine Aufteilung Deutschlands, weil er hoffte, dass ganz Deutschland sozialistisch werden würde. Andernfalls wäre seine Haltung schwer zu verstehen. Wir hätten es ebenfalls gern, wenn ganz Deutschland sozialistisch wäre, und in dieser Hinsicht haben wir keine Differenzen mit Stalin. Das Leben hat aber gezeigt, dass dies zurzeit nicht realistisch ist. Die Wiedervereinigung Deutschlands müssen die Deutschen selbst in die Hand nehmen, und im Friedensvertrag mit Deutschland muss das Recht der Deutschen festgestellt werden, dieses Problem selbst zu lösen. Was uns betrifft, müssen wir die bestehende Lage der Dinge fixieren. De Gaulle wendet sich gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands. Er fürchtet sich vor dieser Wiedervereinigung.⁴⁶ Wir haben vor Adenauer keine Angst, und wir fürchten die Wiedervereinigung Deutschlands nicht, weil wir stärker sind als Westdeutschland und ebenso als Frankreich, Italien und England zusammen, und das ist keine Prahlerei. De Gaulle hat im Gespräch mit mir an einer Stelle gesagt, fährt N. S. Chruschtschow fort, gegenwärtig bestehe die Lage, dass in der Welt zwei Staaten am mächtigsten sind: die UdSSR und die USA, und das müsse man berücksichtigen.

Smith stimmt zu.

Chruschtschow verweist darauf, dass die Sowjetunion in wirtschaftlicher, militärischer und politischer Hinsicht von Jahr zu Jahr immer stärker wird. Womit rechnen denn die Westmächte? Wenn wir das deutsche Problem heute nicht lösen, wird das in einem Jahr oder in zwei Jahren wahrscheinlich zu höchst beklagenswerten Ergebnissen führen. Der Abschluss eines Friedensvertrages bietet die Möglichkeit, dieses Problem ohne jeden Schaden für das Prestige der Westmächte zu lösen. Der Abschluss des Friedensvertrages ist doch der natürliche Schritt nach der Beendigung eines Krieges. Der freie Zugang nach West-Berlin wird garantiert werden, aber das wird sich nicht auf den Transport militärischer Materialien und auf Truppenverschiebungen zur Auswechslung und Versorgung der Besatzungstruppen in West-Berlin beziehen.

Gewisse Leute sprechen davon, dass man den Zugang der Besatzungstruppen nach West-Berlin durch Krieg sichern müsse. Aber es ist doch allen klar, dass sich die Sowjetunion in diesem Raum in einer strategisch viel günstigeren Lage befindet. West-Berlin ist durch das Territorium der DDR, auf dem sich sowjetische Truppen befinden, von der BRD getrennt. Für friedliche Transporte wird der Zugang nach West-Berlin jedoch frei sein. Wir werden für den Handel und für die Gütertransporte Westberlins keine Hindernisse errichten. Wir werden nicht die Dummheit wiederholen, die seinerzeit Stalin gemacht hat, als er gegen West-Berlin eine Wirtschaftsblockade verhängte. Für den Fall, dass die Westmächte zur Liquidierung des Besatzungsregimes in West-Berlin nicht bereit sind, kommt

in der „European Advisory Commission“, Botschafter Fëdor Gusev, die Weisung übermitteln ließ, die Forderung der staatlichen Teilung Deutschlands fallen zu lassen.

⁴⁶ Dem widersprechen die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten gegenüber Chrusčëv am 24. März 1960, siehe die Wiedergabe des sowjetischen Gesprächsprotokolls in Band 2 (Dokument Nr. 26).